

2006/2011

REGION HANNOVER · BURGDORF · GARBSEN · LEHRTE · SEHNDE · LANDESHAUPTSTADT HANNOVER · MITTE · VAHRENWALD-LIST  
BUCHHOLZ-KLEEFELD · SÜDSTADT-BULT · DÖHREN-WÜLFEL · RICKLINGEN · LINDEN-LIMMER · AHLEM-BADENSTEDT-DAVENSTEDT · NORD

**DIE LINKE.**

Fraktionen in der Region Hannover

HALBZEIT



**Halbzeitbilanz der  
MandatsträgerInnen der LINKEN  
in der Region Hannover  
für die Legislaturperiode 2006-2011**

## Impressum

---

Herausgeberinnen:

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Leinstraße 16

30159 Hannover

**Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover**

Hildesheimer Straße 20

30169 Hannover

**Redaktion:**

Michael Fleischmann, Daniel Josten

V.i.S.d.P.: Michael Höntsch

Layout: Daniel Josten

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| <b>Zweieinhalb Jahre Ratsarbeit - Links wirkt!</b> .....                       | 6  |
| <i>Vorwort von Michael Höntsch</i>   |    |
| <i>Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover</i>    |    |
| <b>Eine soziale und ökologische Region Hannover ist möglich</b> .....          | 8  |
| <i>Vorwort von Jörn Jan Leidecker</i>  |    |
| <i>Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover</i>      |    |
| <b>Die Linksfraktion im Rat: Oft einzige Stimme der Opposition</b> .....       | 10 |
| <i>Oliver Förste</i>   |    |
| <b>Sozialticket statt rot-grüne Mogelpackung</b> .....                         | 14 |
| <i>Jörn Jan Leidecker</i>  |    |
| <b>Sozial-ökologischen Strukturwandel in der Wirtschaft vorantreiben</b> ..... | 15 |
| <i>Stefan Müller</i>   |    |
| <b>Effektive Klimapolitik statt ökologischer Lippenbekenntnisse</b> .....      | 18 |
| <i>Dr. Michael Braedt</i>  |    |
| <b>Burgdorf</b> .....  | 20 |
| <i>Michael Fleischmann</i>   |    |
| <b>Garbsen</b> .....   | 23 |
| <i>Andreas Koch</i>  |    |
| <b>Lehrte</b> .....  | 25 |
| <i>Regina Steingräber</i>  |    |
| <b>Sehnde</b> .....  | 26 |
| <i>Gerhard-Walter Schulz</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 01: Mitte</b> .....   | 28 |
| <i>Petra Beimes</i>  |    |
| <b>Stadtbezirksrat 02: Vahrenwald-List</b> .....                               | 30 |
| <i>Kurt Lewerenz</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 04: Buchholz-Kleefeld</b> .....                             | 31 |
| <i>Karsten Plotzki</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 07: Südstadt-Bult</b> .....                                 | 32 |
| <i>Roland Schmitz-Justen</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 08: Döhren Wülfel</b> .....                                 | 34 |
| <i>Manfred Milkereit</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 09: Ricklingen</b> .....                                    | 37 |
| <i>Sven Steuer</i>   |    |
| <b>Stadtbezirksrat 10: Linden-Limmer</b> .....                                 | 39 |
| <i>Harald Meyer, Kathrin Rose</i>  |    |
| <b>Stadtbezirksrat 11: Ahlem-Badenstedt-Davenstedt</b> .....                   | 40 |
| <i>Siegfried Seidel</i>  |    |
| <b>Stadtbezirksrat 13: Nord</b> .....  | 43 |
| <i>Thomas Grote, Fares Rahabi</i>  |    |
| <b>Buchtipp: Linke Kommunalpolitik. Crashkurs Kommune I</b> .....              | 46 |
| <i>Dr. Michael Braedt</i>  |    |
| <b>Geschäftsstellen und Kontaktadressen</b> .....                              | 47 |

## Zweieinhalb Jahre Ratsarbeit – Links wirkt!

Liebe Bürgerinnen und Bürger Hannovers,

zweieinhalb Jahre ist es jetzt her, dass DIE LINKE, damals noch als LINKSBÜNDNIS, von Ihnen in den Rat der Stadt gewählt worden ist. Wir hatten keinen leichten Start, es ist uns aber schnell gelungen die Sachthemen zu besetzen und auch zumindest kleine parlamentarische Erfolge zu erzielen. So war es beispielsweise ein guter Tag für Hannover, als der Rat fraktionsübergreifend auf Initiative der LINKEN die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beschloß.



*Michael Hönts, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat der Stadt Hannover*

Wir haben in den vergangen zwei Jahren den Finger in die Wunden der Stadtpolitik gelegt, vieles liegt noch vor uns und an vieles müssen wir Rot-Grün immer wieder erinnern. Die Einschnitte in den kommunalen Haushalt sind in den letzten Jahren durchweg auf Kosten der Schwächeren in unserer Gesellschaft vorgenommen worden. Dies geschah auch ohne Wirtschafts- und Finanzkrise im Rahmen der so genannten Haushaltskonsolidierungsprogramme.

Jetzt ist die Krise da, die Gewerbesteuer bricht massiv ein und seit Wochen wird ein Sparpaket geschnürt, das viele Menschen in diesem Herbst hart treffen wird. Wir versprechen bereits an dieser Stelle unseren entschiedenen Widerstand gegen jeden weiteren sozialen Kahl-schlag in Hannover.

Vielleicht fragen sie sich, wie wirkt denn links, wie wir immer wieder behaupten. Da verhält es sich ähnlich wie in der Bundespolitik. Ohne die linke Bundestagsfraktion hätte es weder eine Debatte über den Mindestlohn, noch entsprechende, wenn auch unzureichende Beschlüsse gegeben. Ohne die Arbeit der Linken in der Region hätte es

keine Debatte über ein Sozialticket oder einen Schulmittelfonds gegeben. Erinnert sei hier auch an den massiven Protest der Lindener Bürger gegen die Schließung der Stadtteilbibliothek, der von uns tatkräftig unterstützt wurde.

Die Ratsfraktion war auf vielen „Baustellen“ aktiv und hat klar deutlich gemacht, dass sie die einzige echte Opposition in diesem Rat ist. Ohne uns wäre die 125 Millionen-Finanzspritze für die Deutsche Messe AG, die jetzt zu einer weiteren Verschärfung des ohnehin schon rigorosen rot-grünen Sparkurses in der Landeshauptstadt führt, ohne jeden Widerspruch beschlossen worden. Ohne eine LINKE im Rat gäbe es wohl keinen Widerspruch, wenn diese Messemillionen jetzt durch Kürzungen im Sozialbereich und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt gegenfinanziert werden.

Wir werden auch in Zukunft genau darauf achten, wie die rot-grüne Ratsmehrheit zu ihrem Versprechen steht, auf weitere Privatisierungen zur Haushaltskonsolidierung zu verzichten. Die immer wieder diskutierte Privatisierung der städtischen Altenheime darf ebenso wenig auf die Agenda wie eine weitere Umsetzung von Baumaßnahmen als PPP-Projekte. Eine weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge kommt für uns genau so wenig in Frage wie der weitere Ausverkauf kommunalen Eigentums. Im Gegenteil muss auch die Landeshauptstadt Hannover endlich einsehen, dass Rekommunalisierung auf Dauer die bessere Alternative darstellt. Denn in vielen anderen deutschen Kommunen

ist diese Erkenntnis im Zuge der Finanzkrise längst angekommen.

Bei der gegenwärtigen Haushaltslage scheint die Politik an das Ende ihrer Gestaltungsmöglichkeiten gekommen zu sein. Dabei wurde die Logik der leeren Kassen im Laufe dieses Jahres auf allen Ebenen widerlegt. Es kann nicht sein, dass der Staat ausreichend Mittel aufbringen kann, um Finanzspekulant und Abenteurern in Banken, Kaufhauskonzernen oder Automobilkonzernen mit Milliardenzuschüssen den Rücken zu stärken, nicht aber zur Finanzierung der notwendigen kommunalen Infrastruktur. Eine Stadt, die sich einen dreistelligen Millionenbetrag für eine Messe leisten kann, kann auf der anderen Seite nicht glaubhaft einen strengen Sparkurs im Sozialbereich vertreten.

Wir verlangen deshalb vom Oberbürgermeister eine Initiative, gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag die Bundesregierung aufzufordern, endlich das Steueraufkommen gerecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verteilen. Die Städte und Gemeinden, ganz besonders die Landkreise, brauchen endlich eine solide, konjunkturunabhängige Finanzierung. Eine solche Initiative ist seit Jahren überfällig und muss auch im niedersächsischen Landtag zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative führen. DIE LINKE wird dies auf allen parlamentarischen Ebenen nachdrücklich unterstützen.

*Michael Hans Höntsch*  
*Fraktionsvorsitzender*  
*DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

## Ein soziale und ökologische Region Hannover ist möglich!

Die Wirtschaftskrise ist die politische Wasserscheide dieser Legislatur: In der ersten Hälfte der aktuellen Amtszeit der Regionsversammlung hat DIE LINKE Schwerpunkte im Bereich der sozialen Teilhabe und der Ökologie gesetzt. Wir haben für ein Sozialticket, für einen Region Hannover Pass, der verbilligte Eintritte z. B. für öffentliche Kultureinrichtungen und den Zoo vorsieht, für eine kluge und ökologisch nachhaltige Altlastenpolitik und gegen Privatisierung des öffentlichen Eigentums, vor allem der Pflegeheime, gestritten.

In den kommenden Monaten wird die Wirtschaftskrise voll auf die Region Hannover und ihre Menschen durchschlagen. Die Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen erhöht sich in einem dramatischen Maße. Conti und Gilde sind nur die äußeren Zeichen einer die gesamte Wirtschaft der Region erfassenden Rezession. Deren erstes Ergebnis ist die Verschlechterung der Lage der Betroffenen, die Jobs suchen, die es nicht mehr gibt.



*Jörn Jan Leidecker, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Regionsversammlung*

Aber alle Menschen der Region werden demnächst die Auswirkungen zu spüren bekommen: Die von den rot-schwarz-gelb-grünen Koalitionen der vergangenen Jahrzehnte aufgebaute Unterfinanzierung der Kommunen wird sich durch den Einbruch der Gewerbesteuern noch einmal dramatisch verschärfen. Im Klartext heißt das: Gute öffentliche Leistungen, wie sie von den Menschen gewollt sind, müssen gegen die nach der Bundestagswahl beginnenden Kürzungsdebatten verteidigt werden. Gerade jetzt lehnen wir Privatisierungen etwa der Krankenhäuser für die Sanierung der öffentlichen Kassen strikt ab!

Die LINKE in der Region wird auch im nächsten Jahr für Arbeit schaffende Maßnahmen, wie ein kommunales Investitionspaket und einen öffentlichen Beschäftigungssektor werben. Gleichzeitig müssen die Leistungen für Hartz IV Betroffene ausgebaut werden. In den kommenden Jahren bis 2011 müssen die Jobcenter neu ausgerichtet werden.

Dabei muss die Qualität der Betreuung steigen. Es kann nicht sein, dass jedes Jahr eine dreistellige Zahl von einstweiligen Anordnungen gegen die Jobcenter vor Gericht eingeklagt werden müssen.

Insbesondere die Armen und die Kinder in der Region sollen nicht die Zeche für diese Wirtschaftskrise zahlen. DIE LINKE in der Regionsversammlung wird auch weiterhin für eine umfassende Teilhabe am sozialen, kulturellen, sportlichen und politischen Leben streiten.

Auch im Umwelt- und Klimaschutz wollen wir vorkommen. Wir wollen statt symbolischer Politik eine echte energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und vor allem eine nachhaltige Altlastenpolitik. Es ist ein Unding, wenn im vergangenen Jahr die Regionsverwaltung Millionen mit einem unnützen Abtransport der Asbesthalde in Wunstorf-Luthe verschwenden will, auf der anderen Seite aber die einfachen Wohnungseigentümer in der List, deren Wohnungen durch Altlasten aus der vorletzten Jahrhundertwende verstrahlt sind, zur Kasse bitten will.

Wir wollen eine andere Region. Aber gerade in der Krise zeigt sich, dass wir als KommunalpolitikerInnen dies alleine nicht schaffen können. Wir sind nur drei LINKE in einer fünfundachtzigköpfigen



Versammlung. Wir setzen daher weiterhin auf das Zusammenspiel von außerparlamentarischer Bewegung und kommunalpolitischer Opposition. Wir wollen mit Anhörungen und öffentlichen Fraktions-sitzungen im Regionsgebiet ein Beispiel für demokratische Teilhabe an den kommunalen Entscheidungen setzen.

„Seien wir realistisch – fordern wir das Unmögliche!“ – Hinter diesem linken Grundsatz verbirgt sich der Anspruch und die Fähigkeit, außerhalb der scheinbaren Sachzwänge Verhältnisse ganz neu zu denken. Wir sehen darin den pragmatischen Ausweg aus der Krise und laden herzlich dazu ein, mit uns einen neuen Weg für Hannover zu suchen.

*Jörn Jan Leidecker,  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover*

# Die Linksfraktion im Rat: Oft einzige Stimme der Opposition

Oliver Förste

Nach mittlerweile zweieinhalb Jahren Arbeit hat die Linksfraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover bewiesen, dass Links wirkt. Mit vielen Anträgen und Initiativen haben wir die rot-grüne Koalition unter Druck gesetzt und zu einer in Ansätzen besseren und sozialeren Politik getrieben. In vielen Fällen war DIE LINKE die einzige Opposition im Rat, vor allem, wenn es darum ging, die Interessen von BürgerInnen und Bürger-Initiativen zu vertreten, die sonst keine Stimme mehr im Rat haben.

## Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat DIE LINKE einen gemeinsamen Antrag aller Ratsfraktionen veranlasst, mit dem Hannover der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ beigetreten ist. Zurzeit beteiligen wir uns in einer Arbeitsgruppe an der Verwirklichung eines Maßnahme-Katalogs,



*Oliver Förste, stv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat der Stadt Hannover*

mit dem konkrete antirassistische Projekte verwirklicht werden sollen. Dazu gehören beispielsweise die Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Stadtverwaltung. Und natürlich hat sich die Linksfraktion im Rat auch aktiv an den Vorbereitungen und an der Durchführung der großen Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche in Hannover beteiligt.

## Kampf gegen Stromsperrungen und für soziale Energiepreise

Ein wichtiges Arbeitsfeld für die linke Ratsfraktion war und ist der Kampf gegen Stromsperrungen durch die Stadtwerke. Denn immer mehr sozial schwachen Kunden dreht enercity bei nur geringen Zahlungsrückständen den Strom ab, sogar allein erziehenden Müttern und chronisch kranken Menschen. Da die Stadtwerke zu 75 Prozent im Besitz der Stadt Hannover sind, hat DIE LINKE diesen Skandal zum Thema im Rat gemacht. Unser Antrag, Stromsperrungen zu verbieten, wurde mit Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt abgelehnt. Immerhin fühlte sich die rot-grüne Koalition bemüßigt, eine Arbeitsgruppe zum Thema unter der Beteiligung der Stadtwerke selbst einzurichten.

„Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis“, sagt da zu Recht der Volksmund. Und tatsächlich ist außer heißer Luft bisher nichts dabei herausgekommen. Abgelehnt wurden auch die Anträge der LINKEN für die Einführung von Sozialtarifen für Arbeitslose und Geringverdiener beim Bezug von Strom und Gas. Auch hier hieß es lapidar: „kein Geld in der Kasse“.

## Ein Sozialpass für Arbeitslose

Sozialtarife bei Energiepreisen waren auch Bestandteil unseres Antrags zur Einführung eines Sozialpasses für Arbeitslose und Menschen mit geringem Einkommen. Unter dem Motto „Mittendrin statt außen vor“ fordert DIE LINKE einen solchen Pass für die gesamte Region Hannover inklusive eines Sozialtickets für Busse und Bahnen, letzteres zu einem Preis von 16 Euro monatlich. Weitere Vergünstigungen sollen ein kostenloses Mittagessen in KiTas und Schulen beinhalten, ermäßigten Eintritt in den Zoo, in die Oper und das Theater sowie den freien Eintritt in Museen, Gärten und Parks. Alle bisher geltenden Ermäßigungen, zum Beispiel bei Schwimmbädern, Büchereien und Kursen der Volks-

hochschule sollen nach den Vorstellungen der LINKEN in den „Region-Hannover-Pass“ einbezogen werden. Erhalten sollen diesen Pass nicht nur Arbeitslose, sondern alle Menschen, die unter der EU-Armutsgrenze von zurzeit 781 Euro im Monat liegen.

Erwartungsgemäß fanden diese Forderungen keine Mehrheit im Rat. Stattdessen hat Rot-Grün den sogenannten „Hannover-Aktiv-Pass“ beschlossen, um der LINKEN den Wind aus den Segeln zu nehmen. Von unsren Forderungen bleibt dabei allerdings nicht viel übrig, es werden vor allem die bisher schon bestehenden Vergünstigungen zusammengefasst. Und bei „ermäßigten“ Eintrittspreisen von vier statt fünf Euro beispielsweise im Historischen Museum verdient die Stadt sogar noch zusätzlich Geld an den sozial Schwachen. DIE LINKE im Rat nennt den Hannover-Aktiv-Pass deshalb ein „sozialpolitisches Alibi“. Gerade auch, weil er entgegen unseren Forderungen nur ALG 2- und Sozialhilfe-Empfängern zugute kommen soll, während GeringverdienerInnen und RentnerInnen unterhalb der Armutsgrenze außen vor bleiben.

### **Soziale Schwerpunkte in der Haushaltspolitik**

Bei den jährlich stattfindenden Haushaltsberatungen hat DIE LINKE im Rat ihr Augenmerk in erster Linie auf soziale Fragen gerichtet, aber auch auf die Kinder- und Jugendpolitik, und dementsprechende Anträge eingebracht. Neben dem „Region-Hannover-Pass“ haben wir für die kommenden zwei Jahre 1.000 neue Hortplätze beantragt, außerdem die Wiedereinführung der vor einigen Jahren gestrichenen dritten Stellen in den städtischen Jugendzentren. Weitere Forderungen der LINKEN waren die Einführung von Straßenkino-Veranstaltungen über die bisher damit bedienten Stadtteile hinaus sowie die Anschaffung eines zweiten Bücherbusses für die Stadtbibliothek.

### **Millionenkredit für die Messe, aber Kürzungen bei den Beschäftigten**

Angesichts knapper Kassen stellt sich da natürlich die Frage: „Wer soll das alles bezahlen?“ Doch das ist letztendlich eine Frage des politischen Willens. So hat die rot-grüne Koalition im Rat keine Schwierigkeiten damit, ihre hälftige Beteiligung am Kapital der Deutschen Messe AG einfach Mal um 125 Millionen Euro zu erhöhen. Dafür wird sogar ein Kredit aufgenommen, sodass die Gesamtsumme mit Zinsen und Tilgung 180 Millionen Euro beträgt. Auf der anderen Seite sollen die Beschäftigten der Stadt auch in Zukunft einen großen Teil der Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt erwirtschaften. Zurzeit sind dies sechs Millionen Euro pro Jahr in Form von Lohnverzicht, Einstellungsstopp und Privatisierungen.

„Hier werden wieder Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert“, betont der linke Ratsherr Oliver Förste. „Da spielt DIE LINKE nicht mit, und wir haben deshalb im Rat als einzige Fraktion dagegen gestimmt.“ Denn jahrelang hat die Messe AG Gewinne erwirtschaftet und diese in überflüssige Projekte und Vorstandsgehälter gesteckt, anstatt sie an den Anteilseigner Stadt abzuführen oder für schlechte Zeiten zurückzulegen. Dazu kommt ein zweifelhaftes Cross-Border-Leasing-Geschäft, mit dem die Messe AG im Jahr 2000 fast alle Messehallen in die USA verpachtet und anschließend zurückgemietet hat. Als Altlast der überdimensionierten EXPO stehen auf dem Messegelände jetzt überzählige Hallen, und wegen der Cross-Border-Leasing-Verträge können sie nicht abgerissen werden und verbrauchen so jedes Jahr eine Menge Geld durch sinnlose Abschreibungen und Instandhaltungskosten.



## **DIE LINKE gegen Public-Private-Partnership**

Ein weiteres Feld der Auseinandersetzungen im Rat ist der Kampf gegen Privatisierungen. Jüngstes Beispiel ist die angedachte Umwandlung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Die Gewerkschaft befürchtet dadurch den Verlust von Arbeitsplätzen und steigende Gebühren für die Kunden. Ein Sonderfall der Privatisierung ist die Public-Private-Partnership (PPP). Dabei übernehmen private Unternehmen ursprünglich öffentliche Aufgaben, wie den Bau von Schulgebäuden. Die beauftragten Unternehmen verkaufen den Neubau anschließend an eine Bank, und diese kassiert dann die Miete dafür von der Stadt. Angeblich spart die Stadt dadurch Geld, tatsächlich ist es nur eine verdeckte Form der Kreditaufnahme, indem die Stadt eben nicht selbst investiert, sondern statt Zins und Tilgung dafür Miete zahlt. Außerdem können mittels PPP Tarifbindungen unterlaufen werden, das führt zu Lohndumping, und die privaten Bauträger und Banken kassieren die Profite.

Das Risiko bleibt dagegen bei der Kommune. So musste kürzlich der Betriebskostenzuschuss für das privatisierte Misburger Bad gegen die Stimmen der LINKEN um 100.000 Euro erhöht werden, weil der private Betreiber sich verkalkuliert hatte und die Stadt das PPP-Projekt nicht mehr los wird. Hannover hatte sich seinerzeit vertraglich verpflichtet, bis Ende 2037 jährlich fast eine halbe Million Euro Betriebskostenzuschuss an eine Bank zu bezahlen, an die der Investor die Zahlungen abgetreten hat. Besonders problematisch ist auch in diesem Fall, dass die Stadt gegenüber der Bank einen sogenannten Einredeverzicht abgegeben hat. Deshalb muss die Stadt diese Zahlungen leisten, auch wenn der Pachtvertrag beendet wird, der Betreiber in Insolvenz geht oder gar der Betrieb des Bades eingestellt würde.

### **Anfrage zu den Kosten**

Mit einer Anfrage in die Ratsversammlung haben wir uns nach den PPP-Projekten Hannovers erkundigt: Insgesamt 17 Bau- und Sanierungsprojekte hat die Landeshauptstadt bereits als PPP-Maßnahme realisiert, beziehungsweise will sie in den kommenden Jahren als solche durchführen. Neben der AWD-Arena und dem Misburger Bad betrifft das meist den Neubau oder die Sanierung von Schulgebäuden und Kindertagesstätten, aber auch die Volkshochschule oder das Lindener Rathaus. Im Haushaltsjahr



2009 zahlt die Stadt rund 2,2 Millionen Euro für drei bereits abgeschlossene PPP-Verträge. Anfang des kommenden Jahrzehnts steigt die Jahresbelastung für dann sechs Projekte auf insgesamt 6,75 Millionen Euro. Für die restlichen elf Vorhaben, darunter sieben Kindertagesstätten, konnte die Stadt noch keine Angaben machen.

Die Linksfraktion im Rat ist natürlich für die Sanierung von Schulen und die Einrichtung von Kindertagesstätten, lehnt aber die Finanzierung durch PPP ab und hat deshalb die entsprechenden Drucksachen abgelehnt. Wir haben auch gegen die geplante Schließung der Bücherei im Freizeitheim Linden gestimmt, die im Rathaus Linden mit der anderen Lindener Bücherei zusammengelegt werden soll. Auch hier plant die Stadt ein PPP-Projekt, anscheinend hat sich die Verwaltung aber verkalkuliert: Statt zunächst berechneten fünf Millionen Euro soll der Umbau des Rathauses jetzt 9 Millionen Euro

kosten. Vielleicht kann die Schließung der Bücherei in Linden Nord so doch noch verhindert werden, weil es einfach zu teuer wird. Public-Private-Partnership ist mit den Stimmen der LINKEN jedenfalls nicht zu machen.

### **Oft die einzige Opposition**

Bei vielen Vorhaben der Stadt gibt es im Rat eine ganz große Koalition von SPD, Grünen, CDU und FDP, sodass DIE LINKE hier oft die einzige wirkliche Opposition ist. Das gilt beispielsweise für die vom Chemiekonzern Boehringer-Ingelheim geplante Tierversuchsanlage in Kirchrode. Tausende von Schweinen sollen hier jedes Jahr „verbraucht“ werden, um Impfstoffe für die Massentierhaltung zu entwickeln. Keine andere Stadt will solch eine Anlage in ihren Mauern beherbergen, in Tübingen haben massive Proteste die Ansiedlung verhindert. Die Linksfraktion hat in ihrer Argumentation gegen die Versuchsanlage darauf verwiesen, dass Boehringer-Ingelheim einst das Kampfgift Agent Orange für den Vietnamkrieg produziert hat, und dass in Hamburg nach 20 Jahren immer noch Prozesse von Opfern des Dixonskandals gegen den Chemiekonzern laufen.

Einzige Opposition sind die LINKEN auch beim geplanten Wiederaufbau des Herrenhäuser Schlosses und dem Ausbau des Stichkanals Linden samt Erweiterung der Schleuse in Limmer. Ebenso wie bei der Tierversuchsanlage, ist DIE LINKE die einzige Partei, welche die Proteste der Anlieger und Betroffenen dagegen aufnimmt und politisch im Rat vertritt. Beim Stichkanal Linden gibt es zudem gute Argumente gegen den Ausbau. Selbst nach dem Gefälligkeitsgutachten für die Ausbaubefürworter lohnt sich das Projekt volkswirtschaftlich nicht und hat mittelfristig auch keine Auswirkungen auf den Erhalt von Arbeitsplätzen. Und abgesehen von der Unterstützung von Bürgerprotesten, zeigt sich die Ratsfraktion immer wieder auch solidarisch mit den von Kündigungen bedrohten und betroffenen Arbeitnehmern, sei es bei der Gilde, der Conti, bei WABCO, VW oder Karstadt.



# Sozialticket statt rot-grüne Mogelpackung!

Jörn Jan Leidecker

Mobilität ist für DIE LINKE ein Grundrecht. Die Fraktion in der Regionsversammlung setzt sich deshalb seit vielen Jahren mit Nachdruck für einen attraktiven und bezahlbaren Öffentlichen Nahverkehr ein. Dazu gehört selbstverständlich auch ein Sozialticket, das diesen auch Namen verdient. Unabhängig von ihrem Geldbeutel müssen alle in der Region Hannover lebenden Menschen Busse und Bahnen nutzen können. Unserer Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass die Regionsversammlung nach sechs Jahren andauernden Diskussionen und Prüfungen endlich ein Sozialticket beschlossen hat – wenn auch nur eine Sparvariante. Ab Oktober können vor allem Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV Tagestickets zum Preis von Einzelfahrscheinen erwerben.

Für uns ist das nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Region Hannover Pass. Damit sollen Arbeitslose nicht nur Busse und Bahnen deutlich ermäßigt nutzen können, sondern auch öffentliche Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen. Weitere Schritte zu einem echten Sozialtarif bei Bussen und Bahnen sind zeitnah umzusetzen. Sonst bleibt die von der Region beschlossene Variante eine „rot-grüne Mogelpackung“, wie das Hannoversche Magazin „Asphalt“ den Regionsbeschluss treffend betitelt hat. Ursprünglich sollte das Ticket sogar erst nach 9 Uhr morgens gelten. Durch unseren Druck wurde diese eingeschränkte Nutzungszeit fallen gelassen. Inakzeptabel sind vor allem noch fehlende Monatstickets und das aufwendige Vergabeverfahren. Anspruchsberechtigte müssen stark ermäßigte Monatsfahrtscheine kaufen können, die höchstens 19 Euro kosten dürfen. Die Stadt Köln hat bewiesen, dass das auch bezahlbar ist. An das Kölner Modell haben wir unser Modell für ein wirkliches Sozialticket angelehnt. Damit könnten SPD und Grüne, wenn sie nur wollten, ein regionsweites Ticket einführen, das den Betroffenen wirklich nützt und die öffentliche Kasse weit weniger belastet als angenommen. Für uns steht deshalb fest: Wir werden die verbleibenden zwei Jahre nach dem Einstieg in das Sozialticket bis zur nächsten Kommunalwahl vehement für dessen Weiterentwicklung kämpfen!

## Nur Verlierer durch privatisierte Altenpflegeheime

Die Region Hannover steht unter einem enormen finanziellen Druck. Seit Jahren stehen die Kommunen in einem Spannungsfeld zwischen wachsender Aufgabenfülle und beschränkten Handlungsmöglichkeiten. Beides wird ihnen durch Landes-

und Bundesgesetze aufgedrückt. Bei allen Schwierigkeiten orientieren wir uns in der Kommunalpolitik an Schwerpunkten, die nicht verhandelbar sind. Dazu gehört die strikte Ablehnung von Privatisierungen. Diesem Grundprinzip folgend haben wir dem Verkauf der vier regionseigenen Altenpflegeheime in Burgdorf, Springe und Laatzen mit insgesamt 302 Pflegeplätzen die Rote Karte gezeigt. Der Verkauf ist und bleibt für uns eine skandalöse Entscheidung der Privatisierungsparteien, egal, ob sie SPD, Grüne, CDU oder FDP heißen. Denn der Privatisierungswahn hat viele Schattenseiten. Da die Verantwortlichen das öffentliche Ei-



Von SPD und Grünen verkauftes Altenpflegeheim in Burgdorf.

gentum nur einmal versilbern können, profitieren davon kaum die hoch verschuldeten kommunalen Haushalte. Pflege im Alter, Gesundheit und andere Bereiche der Daseinsvorsorge sind außerdem hoch sensibel und gehören schon deshalb nicht in private Hände. Haben erst einmal private Investoren das Kommando übernommen, steigen umgehend die Gebühren, was viele Negativbeispiele zeigen. Der ungehinderte Zugang zu den Bereichen Gesundheit, Alten- und Krankenpflege ist aber eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger sollten sich bewusst machen, welche Folgen so manche kurze Abstimmung langfristig für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region hat. Auch die Beschäftigten sind betroffen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der privatisierten Altenpflegeheime wurde die Weiterbeschäftigung bis 2011 garantiert. Dieses Jahr rückt näher, und was passiert dann? Die Schlagzeilen sind vorhersehbar: Privates Unternehmen macht weniger Gewinn als angenommen, Entlassungen sind die Folge.

Profitinteresse hat im Bereich der Daseinsvorsorge überhaupt nichts suchen – beides passt nicht zusammen. Der Staat muss vor- und versorgen und darf menschliche Grundbedürfnisse nicht privatem Gewinnstreben überlassen! Zumal der Bedarf an bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Pflege weiter zunehmen wird. Wir fordern deshalb einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, bei dem der Staat sozialversicherungspflichtige Jobs bei fairem Lohn anstatt Arbeitslosigkeit finanziert. Vor allem in der Alten- und Krankenpflege sowie im Gesundheitswesen können so viele vernünftig bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Vielen Menschen würde eine langfristige Beschäftigungsperspektive gegeben, statt mit Ein-Euro-Jobs die Lohn- und Beschäftigungsspirale weiter nach unten zu drehen.

## **Sozial-ökologischen Strukturwandel in der Wirtschaft vorantreiben - Öffentlichen Beschäftigungssektor schaffen**

*Stefan Müller*

„In den nächsten Jahren wird es in der Region Hannover vermutlich zu einem weiteren Abbau klassischer Industrien und der dortigen Arbeitsplätzen kommen [...] In der Region Hannover sind wir die Aufgabe gestellt, diesen Strukturwandel aktiv zu gestalten. Das Wirtschaftsförderprojekt „hannoverimpuls“ hatte sich diese Aufgabe gesetzt, ist aber auf ganzer Linie gescheitert“, heißt es im Kommunalwahlprogramm des LINKSBÜNBISSES.Region Hannover. Diese, vor drei Jahren skizzierte Entwicklung beschleunigt sich durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise. In der Region Hannover sind vor allem die Automobilindustrie und die Zulieferbetriebe betroffen. Die Abwrackprämie verhindert zwar vorerst, dass die Krise durchschlägt. Diese antiökologische ziellose Politik wird die Talfahrt aber auf Dauer nicht aufhalten. Die Automobilindustrie steckt wegen riesiger Überkapazitäten und der Umweltprobleme, die der Autoverkehr verursacht, in der Klemme.

Einige Unternehmen nutzen die Krisenpanik und strukturieren ihre Unternehmen neu. Standorte, die weniger Rendite abwerfen als die Anteilseigner fordern, sollen aufgegeben werden. Ein Beispiel ist die Gilde-Brauerei. Wie Karstadt Hannover und vor einigen Jahren Brinkmann Hannover schreibt auch die Gilde schwarze Zahlen. In anderen Konzernen sind einzelne Bereiche unwirtschaftlich, was deren Bestand gefährdet. Diesen Firmen müsste die Wirtschaftsförderung von Landeshauptstadt und Region unter die Arme greifen. Im Gegenzug müssten die Wirtschaftsförderer darauf drängen, die MitarbeiterInnen stärker an betrieblichen Entscheidungen zu beteiligen – schließlich wissen die Beschäftigten am besten, was für ihren Betrieb gut ist. Die Verantwortlichen sollten außerdem kommunale oder

genossenschaftliche Eigentumsbeteiligungen ins Spiel bringen. Profitable Unternehmensteile müssen aus großen Unternehmen herausgelöst und eigenständig weitergeführt werden.

## Nullpunkt hannoverimpuls

Um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen, muss die große Bedeutung der Automobilindustrie mit ihren vielen Zulieferbetrieben in der Region Hannover abnehmen. Gleichzeitig muss die Wirtschaftsförderung ökologische und soziale Strukturen wie ökologische Stadtteil-gewerbehöfe stärken. hannoverimpuls hat dabei auf fast ganzer Linie versagt. Darüber kann auch die Aufnahme von Erneuerbaren Energien als Förderschwerpunkt nicht hinwegtäuschen. Einrichtungen wie proklima und die Klimaschutzagentur könnten diese Aufgabe aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz besser ausführen. Durch die Eingliederung von hannoverimpuls in die neue Hannover-Holding haben sich die unzureichenden demokratischen Kontrollmöglichkeiten nicht verbessert. Auch die mangelhafte Beteiligung von Regionsversammlung sowie Vereinen und Verbänden, wie den Gewerkschaften, Umwelt- und Sozial-Initiativen, ist nicht besser geworden. Trotzdem war es sinnvoll, viele vor sich hinwerkelnde einzelne Wirtschaftsfördergesellschaften durch eine einzige zu ersetzen, die bündelt und koordiniert. Das vermeidet unnötige Doppelarbeit, manchmal auch einen Geschäftsführerposten und spart dadurch Geld. Ein weiterer Lichtblick: hannoverimpuls kooperiert im Bereich der Produktionstechnik, der Lasertechnologie und Medizintechnik mit der Universität und hält so engagierte Nachwuchs-akademikerInnen in der Region. Diese Kooperation mit der Hochschul-landschaft vor Ort muss intensiver werden. Gleichzeitig muss eine regionale Wirtschaftsförderung die sozial-ökologische Ausrichtung von



*Stefan Müller, verkehrs- und wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKEN in der Regionsversammlung.*

start ups unterstützen und vorantreiben. Bisher wird selbst in der viel gelobten Logistikbranche kaum auf eine ökologische Ausrichtung von Transportketten geachtet.

## Kommunen fehlt das nötige Geld

Die kommunalen Haushalte sind auf Sand gebaut und engen so den Spielraum für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik massiv ein. Die Städte und Gemeinden haben im Zuge der Krise mit einer wegbrechenden Gewerbesteuer und Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer zu kämpfen. VertreterInnen der kommunalen Spitzenverbände gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen der Kommunen erst im Jahr 2013 wieder das Niveau des vergangenen Jahres erreicht haben. Bei der Gewerbesteuer wird in diesem Jahr mit Einbrüchen um 15 Prozent gerechnet. Gleichzeitig steigen die Zinsbelastungen für angehäuften Schulden. Das niedersächsische Finanzministerium wird als zuständige Aufsichtsbehörde zusätzliche Schulden in den kommunalen Haushalten nur sehr eingeschränkt genehmigen. Die Konservativen argumentieren, dass die Kommunen in den zurückliegenden zwei Jahren hätten Schulden abbauen können. Schließlich sei die Wirtschaft gut gelaufen. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Stadtkämmerer selbst im Boom kaum Schulden abbauen konnten – trotz vieler Sparbemühungen. So pralle waren die Steuereinnahmen in dieser Zeit auch nicht, und das liegt an den skandalösen Steuergesetzen in diesem Land. Nicht nur Reiche, auch große Kapitalgesellschaften zahlen kaum mehr Steuern, auch wenn sie höchste Gewinne einfahren. Außerdem gab es nach langen Jahren des Reallohnverlusts im vergangenen Jahr erstmals wieder dringend notwendige Einkommenszuwächse für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Das musste irgendwie bezahlt werden.



Angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen kann man einen wirklichen sozial-ökologischen Strukturwandel in der Wirtschaft nur mit einer anderen Bundespolitik erreichen. Gleiches gilt für mehr Mitarbeiterbeteiligung und andere demokratische Eigentumsformen. Die Kommunen, Kreise und Regionen müssen endlich ausreichend Geld für die ihnen übertragenen Aufgaben bekommen. Gleichwohl sollte die kommunale Wirtschaftsförderung nur dort geleistet werden, wo sie Strukturen schafft, die sich mittelfristig selbst tragen. Dauerhafte Subventionen sind zu vermeiden.

Um ein regionales sozial-ökologisches Investitionsprogramm aufzulegen, kann die Region zusammen mit der Sparkasse Hannover eine Anleihe herausgeben. Die Zinsen für solche sehr sicheren Geldanlagen sind zurzeit ausgesprochen niedrig. Da die Region zugleich höhere Kreditzinsen zahlen muss, würde sich so unterm Strich auch deren Zinsbelastung verringern.

### **Problem Jobcenter**

Die Jobcenter müssen so gestaltet sein, dass sie nicht nur bundesweit einheitliche Lebensbedingungen für Arbeitslose sicherstellen. Gleichzeitig müssen sich auch lokale Erfahrungen und Kompetenzen entfalten können, wenn es um Jobs und Qualifizierungsmaßnahmen geht. Dabei dürfen die Betroffenen keinen Zwängen und Schikanen ausgesetzt sein. Da die große Koalition noch keine Regelung über die Zukunft der Jobcenter getroffen hat, beginnt sich dort allerdings Stillstand auszubreiten: Statt Arbeitslosen sinnvolle Qualifizierungs- und Jobangebote zu machen, suchen die MitarbeiterInnen das Weite. Viele haben nur befristete Verträge oder sind verunsichert, was sie tun sollen. Die Leidtragenden dieses staatlich verordneten Nichtstuns sind die Arbeitslosen. Sie müssen schon froh sein, wenn die ihnen zustehenden Gelder pünktlich auf dem Konto eintreffen. Zu dieser Situation hat sicher auch der Streit zwischen Bundesagentur und Region um die Geschäftsführung bei den Jobcentern beigetragen. Das Hauptproblem liegt aber beim Bund.



*Im Ökologischen Gewerbehof Linden entstehen zukunfts-sichere Arbeitsplätze.*

Das bedeutet natürlich nicht, diese Rahmenbedingungen kritiklos hinzunehmen. Die Region Hannover ist als eine der großen kommunalen Gebietskörperschaften besonders verpflichtet, den Protest auf die Landes- und Bundesebene zu tragen. Die Region kann beispielsweise ihr Veto gegen neue und bestehende Ein-Euro-Jobs einlegen. Wir fordern stattdessen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Im Gegensatz zu Ein-Euro-Jobs erhalten Arbeitslose dadurch einen sicheren und ordentlich bezahlten Arbeitsplatz und damit eine neue Lebensperspektive. Im bestehenden gesetzlichen Rahmen kann man dazu das Instrument der Beschäftigungsmaßnahmen nach der Entgeltvariante für bestimmte Arbeitslosengruppen nutzen. Dadurch sind diese Arbeitsplätze teilweise mit Geldern der Bundesagentur bezahlbar, zugleich sinken zukünftige Kosten für die Region. Vor allem bei der Unterstützung älterer und kranker Menschen beim Einkaufen oder beim Gang zur Behörde besteht Bedarf. Auch in der Kinder- und Jugendarbeit, bei außerschulischer Bildung und im Umweltschutz gibt es viel zu tun. Um allerdings solche öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im großen Stil einführen zu können, muss die Bundespolitik das Sozialgesetzbuch II ändern.

# Effektive Klimapolitik statt ökologischer Lippenbekenntnisse - Altlastenchaos in Luthе und in der List

Dr. Michael Braedt

*Auf kommunaler Ebene umzusetzen fordern wir:*

*Ein kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm zur Instandhaltung und energetischen Sanierung für ältere Gebäudebestände. Dies würde unmittelbar die Lebensqualität der unteren und mittleren sozialen Schichten verbessern und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft, dem Mittelstand und Handwerk sichern, neu schaffen und die daniederliegende Binnenkonjunktur beleben. (aus dem Kommunalwahlprogramm 2006 des Linksbündnisses Region Hannover).*



*Dr. Michael Braedt, Umweltpolitischer Sprecher der LINKEN in der Regionsversammlung.*

DIE LINKE in der Region Hannover ist für ein Klimaschutzprogramm, das nicht nur auf dem Papier steht. Mit großem Brimborium haben SPD und Grüne in der Regionsversammlung ein auf den ersten Blick sehr ambitioniertes Klimaschutzprogramm für die Region vorgeschlagen, dem auch wir zugestimmt haben. So schön die Maßnahmen auch klingen, wesentliche Komponenten wie ein Zeitplan der Umsetzung oder dafür einzusetzende Mittel der Region fehlen. „Butter bei die Fische“ fordert DIE LINKE Regionsfraktion, denn Klimaschutz wird angesichts der globalen Erwärmung immer dringender. Wir lassen uns beim Streben nach einem effektiven Klimaschutz nicht davon abschrecken, dass ROT-Grün bei den letzten Haushaltsberatungen sämtliche unserer Anträge zur Stärkung der Klimaagentur und für effektive Wärmedämmungsmaßnahmen in regionseigenen Gebäuden rigoros abgelehnt hat. Stattdessen versucht die Koalition hannoverimpuls ein grünes Mäntelchen zu verschaffen und diesem Millionengrab Aufgaben des Klimaschutzes zulasten der Klimaagentur zuzuschänzen. Diesen Weg

lehnen wir ab – denn über Klimamaßnahmen soll nicht ein ehemaliger E.ON-Boss wie der Chef von hannoverimpuls, Dr. Hans-Dieter Harig entscheiden.

*In der Abfallpolitik der Region wurden bisher keinerlei Anstrengungen gemacht, eine in die Zukunft gerichtete Abfallpolitik zu planen. Ein deutliches Wahrzeichen dieser verfehlten Politik ist die Müllverbrennungsanlage Hannover-Lahe, mit besonders billiger Luftfiltertechnik ausgestattet ist. Unsere Alternative ist eine Abfallpolitik, die den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. (aus dem Kommunalwahlprogramm 2006 des Linksbündnisses Region Hannover)*

DIE LINKE hat die von Rot-Grün durchgesetzte Müllverbrennungsanlage auch nach ihrer Inbetriebnahme kritisch beäugt. Zusammen mit der Bürgerinitiative deckten wir auf, dass illegal Hunderttausende von Plastikturnschuhen in der MVA verbrannt wurden. Der Verantwortliche von aha musste seinen Hut nehmen.

Ein besonders dreister Coup der Abfall- und Altlastenentsorgung ging für Rot-Grün aber in die Hose. Eine gesicherte Asbestschlammdeponie in Wunstorf-Luthе sollte mit Millionenbeträgen aus EU und der Region abgebaut und der Asbestschlamm zur Deponie Lahe transportiert werden. Das abgebaute Gelände wollte ein Fuhrunternehmer als Parkplatz nutzen, ein regionsbekannter Bauunternehmer und Parteispender sollte von dem Transportgeschäft profitieren.

Die Bürgerinitiative gegen die Asbestverlagerung und DIE LINKE Regionsfraktion machten mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit, einem Rechtsgutachten und Anfragen in der Region dem üblen Spiel ein Ende, sodass das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die „Billigentsorgung“ der Asbestschlämme in Lahe untersagte. Auch für DIE LINKE ein großer Erfolg ihrer intensiven Anstrengungen.

Doch der Kampf geht weiter: Die traute Einheit von Regionsverwaltung, SPD, Grünen und CDU versuchten zusätzliche öffentliche Mittel freizumachen, um den Abtransport doch noch hinzukriegen – nur in Lahe ist die Tür endgültig zu.

### **Das Altlastenprogramm der Region muss endlich praktische Folgen zeigen...**

...heißt es im Kommunalwahlprogramm 2006 des LINKSBÜNDNISSES. Doch die Region Hannover schläft weiter. Ob es die Grundwasservergiftung in Gehrden-Ditterke, die Belastung von Brunnen mit chlorierten Kohlenwasserstoffen unter dem ehemaligen SORST-Gelände in Hannover-Hainholz oder giftige Rückstände auf dem ehemaligen Conti-Gelände in Limmer sind, DIE LINKE Regionsfraktion hat in Zusammenarbeit mit den linken Stadtteilgruppen und Bürgerinitiativen durch Anträge und Anfragen in der Regionsversammlung versucht, diese Themen in die Öffentlichkeit zu bringen und die Regionsverwaltung zum Handeln zu bewegen. Insbesondere SPD und Grüne haben die Abwiegelung der Regionsverwaltung bei dieser Thematik unterstützt. Bei einem derartigen Anti-Engagement ist es auch kein Wunder, dass aus dem millionenschweren niedersächsischen Altlastenprogramm kein Cent für Altlasten in der Region abgefallen ist.

Eine besonders gravierende Altlast ist das ehemalige de-Haën-Gelände in Hannover-List, wo seit rund 100 Jahren chemische und radioaktive Rückstände unter einer Wohnbebauung lagern. In enger Kooperation mit der Bürgerinitiative und durch politischen Druck der LINKEN ist es zumindest gelungen, dass die Regionsverwaltung die Sanierungskosten zunächst von dem de-Haën-Rechtsnachfolger, dem Honeywell-Konzern einzutreiben versuchte. Als Option halten sich Regionsverwaltung, SPD, Grüne und CDU aber den finanziellen Rückgriff auf die WohnungseigentümerInnen offen. Ein Antrag der LINKEN Regionsfraktion, der neben Honeywell auch Verantwortlichkeiten der Landeshauptstadt und der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wegen deren möglicher Kenntnis der Gefahrensituation vor den Wohnungsverkäufen benennt, wurde in der Regionsversammlung im Juni 2009 von Rot-Grün abgeschmettert – nur die FDP (!) unterstützte ihn.



*Absperrungen auf dem De-Haen-Platz in der List: Radioaktive Rückstände direkt unter der Wohnbebauung.*

DIE LINKE wird weiter in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen dafür sorgen, dass die Altlastenthematik aktuell bleibt und auf eine finanzielle Heranziehung der Verantwortlichen für die Sanierungen drängen.

# DIE LINKE in den Stadträten der Region Hannover

## Burgdorf

Wenn im Burgdorfer Stadtrat wichtige Entscheidungen anstehen, sind sich die bürgerlichen Parteien von CDU bis zu den Grünen, meist immer einig. Nur DAS LINKSBÜNDNIS hält dagegen, weil durch dieses Konsensprinzip die Interessen wichtiger Bevölkerungsgruppen schlicht nicht berücksichtigt werden. In anderen Fällen bestimmen mächtige Lobbygruppen aus der örtlichen Wirtschaft den Ausgang von politischen Entscheidungen, die so oft dem Allgemeinwohl widersprechen oder Schaden anrichten – auch da macht LINKSBÜNDNIS-Ratsherr Michael Fleischmann nicht mit. Obwohl er oft ein einsamer Rufer in der Wüste ist, hat er in den vergangenen zweieinhalb Jahren hier und da Zeichen gesetzt – und das manchmal sogar mit Erfolg. DAS LINKSBÜNDNIS hat unbequeme Themen angesprochen und dafür gesorgt, dass der Rat nicht mehr weghören konnte.

### Lobby für Menschen mit wenig Geld und ...



*Michael Fleischmann ist Ratsherr der LINKEN im Rat der Stadt Burgdorf.*

Damit Arbeitslose und Geringverdiener ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen können, hatte das LINKSBÜNDNIS beantragt, bei den Burgdorfer Stadtwerken Sozialtarife einzuführen. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten das alle anderen Parteien im Rat ab. Erfolgreicher war Michael Fleischmann dagegen beim Essensgeld in den Kindertagesstätten. Bis er in den Rat gewählt wurde, mussten auch Hartz-IV-Empfänger-Eltern sage und schreibe 50 Euro im Monat für das Mittagessen ihres Kindes im Kindergarten bezahlen. Fleischmanns Antrag, diese hohe Belastung für Kinder von Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern zu streichen und für die übrigen Eltern drastisch zu senken, wurde zwar abgelehnt. Aber immerhin senkte die Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und einer Wählergemeinschaft das Essensgeld für arme Kinder auf 20 Euro im Monat – was natürlich auch immer noch zu viel ist. Zur Begründung meinte die SPD, diese 20 Euro stünden den Betroffenen nach dem Hartz-IV-Regelsatz als Essensgeld in den Kindertagesstätten zur Verfügung – und dieser Regelsatz reiche zum Leben. Das ist zwar grober Tobak, aber immerhin konnte das LINKSBÜNDNIS so etwas für Hartz-IV-Empfänger herausholen. Sie waren bis dato im Rat quasi unbekannt.

Arme Schülerinnen und Schüler haben nicht nur in Burgdorf schlechte Karten. Neben vielen herkunftsbedingten Benachteiligungen reicht das Geld nicht zum Leben. Das Geld reichte bis vor kurzem noch nicht einmal für den Kauf von Schulsachen. Berechnungen gingen von 100 Euro pro Kind und Jahr aus, die im Hartz-IV-Regelsatz dafür fehlen. In Burgdorf waren rund 600 SchülerInnen betroffen – quer durch alle Schulformen. DAS LINKSBÜNDNIS beantragte deshalb, dass die Stadt den Betroffenen mit einem Schulfonds unter die Arme greift. Kinder aus armen Familien dürfen nicht zusätzlich benachteiligt werden, nur weil ihnen Stifte, Hefte und Sportbekleidung fehlen. Die Initiative ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Hannover aus, wo SPD und Grüne im Rat einen gleichlautenden Antrag der LINKEN ablehnten. In Burgdorf dagegen hatte der Antrag des LINKSBÜNDNISSES Erfolg. Arme Kinder und Jugendliche konnten sich Schulmaterial bis zu einem Wert von 40 Euro pro

Jahr gegen Vorlage der Belege erstatten lassen. Davon profitierten Schüler, deren Eltern arbeitslos oder Geringverdiener waren. Als sich die Bundesregierung entschloss, Hartz-IV-Empfänger-Kindern ab August dieses Jahres 100 Euro pro Jahr für Schulsachen zu geben, änderte der Burgdorfer Rat die Förderrichtlinien. Da nur Kinder bis zur Jahrgangsstufe 10 vom Geld der Bundesregierung profitieren, werden jetzt SchülerInnen ab dem Besuch der Jahrgangsstufe 11 unterstützt. Sie können sich den Kauf von Schulmaterial bis zu 100 Euro pro Jahr erstatten lassen. Schließlich wollen auch SchülerInnen aus armen Familien das Abitur machen.

Damit auch arbeitslose Burgdorfer etwas vom Weihnachtsfest haben, beantragt DAS LINKSBÜNDNIS jedes Jahr im Herbst, Hartz-IV-Empfängern 80 Euro Weihnachtsgeld zu geben. Der Hintergrund: Die Weihnachtsbeihilfe von 80 Euro, die es früher für Sozialhilfeempfänger einmal gab, haben SPD und Grüne mit den Hartz-Gesetzen abgeschafft. Im ersten Jahr wurde der linke Antrag nicht nur einstimmig abgelehnt, die anderen Ratsvertreter sprachen von Populismus und davon, dass das gar nicht bezahlbar sei. Das ist Blödsinn. Schließlich kostet die mitmenschliche Geste die Stadt nur rund 70.000 Euro. Ein kleiner Betrag – im Gegensatz zu den vielen Millionen, die der Rat jedes Jahr für ein hoch fragwürdiges Gewerbegebiet gibt. Andere Kommunen sind bereits weiter: Nicht nur die wohlhabende Stadt Burghausen in Bayern, sondern auch das 1.000-Seelen-Dorf Witzwort im Kreis Nordfriesland zahlen Arbeitslosen jedes Jahr zu Weihnachten 80 Euro. Doch Michael Fleischmann ließ sich nicht entmutigen. Als er im vergangenen Herbst wieder seinen Antrag stellte, berichtete nicht nur zum ersten Mal die örtliche Presse darüber. Im Sozialausschuss erhielt er auch unerwartete Unterstützung vom größten Wohlfahrtsverband vor Ort: dem Deutschen Roten Kreuz. Die Ehrenvorsitzende Helga Bindseil, die dem Sozialausschuss als beratendes Mitglied angehört, sprach sich für seinen Antrag aus. Dieser wurde zwar wie gehabt einstimmig abgelehnt, aber eine gewisse Unruhe bei den anderen Parteien war nicht zu überhören. In diesem Sinne ist Michael Fleischmann fest entschlossen, seinen Antrag auch dieses Jahr wieder zu stellen.



*Ein Schulfonds ermöglicht armen Burgdorfer SchülerInnen, das Abitur zu machen.*

### ... Radfahrer

Nicht nur Arbeitslose hatten bis vor zweieinhalb im Burgdorfer Rat keine Lobby, auch Radfahrer mussten in die Röhre gucken – obwohl in Burgdorf immer mehr Menschen mit dem Rad fahren und leider auch bei Unfällen verunglücken. Michael Fleischmann macht deshalb zusammen mit der Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) in regelmäßigen Abständen nicht nur auf diese desolate Situation aufmerksam. Der ADFC und Fleischmann liefern auch immer viele Anregungen, was man besser machen kann – leider ohne Erfolg. Anträge des LINKSBÜNDNISSES, das Burgdorfer Radwegenetz sicherer und radlergerechter zu machen, werden regelmäßig abgelehnt. Selbst beim Planen und Bauen neuer Verkehrswege werden die Bedürfnisse der RadlerInnen nicht berücksichtigt. So knal-



*RadlerInnen müssen auf einer wichtigen Strecke zwischen City und Weststadt in der Kurve in ein dunkles Loch fahren.*

len Radler in Burgdorf an schlecht geplanten Ausfahrten mit Autos zusammen, müssen in Kurven in dunkle Tunnel fahren und stürzen, weil die Stadt große Kopfsteinpflaster verlegt hat. Auch der Freizeitverkehr ist betroffen. Wichtige Feldwege in benachbarte Ortschaften werden nicht ausgebessert, sodass sich Radler an Schlaglöchern vorbei manövrieren müssen.

### **Rote Karte für schädliche Vorhaben und ...**

Was sich wie eine Szene aus einem schlechten Film anhört, ist in Burgdorf Realität: Der Rat hat beschlossen, ein großes Gewerbegebiet mitten im Trinkwasser-Gewinnungs-Gebiet des Burgdorfer Wasserwerks anzusiedeln. Nur DAS LINKSBÜNDNIS stimmte dagegen. Die große Mehrheit folgte damit den Interessen örtlicher Wirtschaftsvertreter. Auf der Strecke bleiben im Zweifel nicht nur der Trinkwasserschutz, sondern auch die Finanzen der Stadt. Das sogenannte Gewerbegebiet Nordwest kostet viele Millionen – Geld, das woanders fehlt. Allein der Ankauf der erforderlichen Grundstücke schlug mit rund 5 Mio. Euro zu Buche. Hinzu kommen demnächst 2,7 Mio. Euro für Kanalisation, Straßen und Beleuchtung. Von den mehr als 7 Mio. Euro werden rund 4 Mio. Euro mit Krediten bezahlt. Wegen der Wirtschaftskrise wird die Stadt die Grundstücke nicht los und sitzt nun, zusammen mit den einbrechenden Steuereinnahmen, auf einem Haufen Schulden.



*Unter diesen Wiesen und Äckern lagert das Burgdorfer Trinkwasser. Der Rat gibt viel Geld, um hier Gewerbe anzusiedeln.*

Auch bei der Ansiedlung von Lebensmittelgeschäften kann man den Eindruck gewinnen, dass die Verantwortlichen in Burgdorf wohl nicht alle Tassen im Schrank haben. Alle Fraktionen haben ein weiteres großes Lebensmittelgeschäft in der Innenstadt zugelassen, obwohl dort bereits mehrere Lebensmittelgeschäfte zu Fuß erreichbar

sind – wie immer mit dem Segen der örtlichen Wirtschaftsvertreter. Nur DAS LINKSBÜNDNIS lehnte diesen Rewe-Großmarkt ab, für den sogar noch der alte Schützenplatz der Stadt verkleinert werden musste. Dadurch gingen 26 kostenlose Dauerparkplätze verloren. Michael Fleischmann machte sich stattdessen für Nahversorger in den Stadtteilen stark, weil dort Bedarf besteht. Als Investoren in zwei Stadtteilen je ein Lebensmittelgeschäft betreiben wollten, stimmte allerdings der Rat bis auf DAS LINKSBÜNDNIS dagegen. Den Ratsleuten passten die Standorte nicht in den Kram. Also müssen die BewohnerInnen der südlichen Weststadt und der Nordoststadt weiter ohne einen Nahversorger vor ihrer Haustür auskommen.

### **... Abzocke bei Energiepreisen**

Auf Abwegen ist auch die Preispolitik der Burgdorfer Stadtwerke geraten. Die kommunalen Strom- und Gas-Verkäufer haben den BurgdorferInnen in den vergangenen Jahren tief in die Tasche gegriffen. Die jüngste Preiserhöhung beim Strom zum 1. Februar dieses Jahres ist aber nicht nur ungerechtfertigt, sie wird auch schräg begründet. Angeblich soll der „gestiegene Beschaffungspreis an der Energiebörse“ der Grund sein. So steht es in einem Schreiben der Stadtwerke an die Kundinnen und Kunden. Das kann aber gar nicht der Grund sein, weil der Atomkonzern E.ON als Mitgesellschafter fast den gesamten Strom selbst produziert! Dazu passt eine Analyse des Bundes der Energieverbraucher. Die Strom- und Gaskunden würden „kräftiger als je zuvor“ von den Anbietern „ausgeplündert“,

betont Vorsitzender Aribert Perters.

Damit in Zukunft die Preispolitik der Burgdorfer Stadtwerke etwas durchschaubarer wird, beantragte DAS LINKSBÜNDNIS, die Strom- und Gaspreise vom Rat genehmigen zu lassen. Das ist rechtlich möglich und unterstützt die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung. Sie profitieren von den Informationen der breiten Öffentlichkeit und können so Druck gegenüber den E.ON-Vertretern aufbauen. Zugleich wird den Ratsvertretern in der Gesellschafterversammlung ein Teil des Verhandlungsdrucks genommen, weil sich der gesamte Rat erklären muss. Die Bürgerinnen und Bürger werden so eher bereit sein, die Energiepreise zu akzeptieren – eine runde Sache also, sollte man meinen. Trotzdem zeigten die anderen Parteien auch diesem Antrag die Rote Karte. „Das ist eine kurzsichtige Reaktion“, kommentiert Michael Fleischmann und verspricht, auch bei diesem Thema am Ball zu bleiben.

## Garbsen

Die rund 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner der größten Stadt im ehemaligen Landkreis interessieren sich in der Kommunalpolitik seit langem vor allem für ein Thema: die „Neue Mitte Garbsen“. Bürgermeister und Ratsmehrheit wollen ein Stadtzentrum unweit des Rathauses schaffen und dafür 50.000 Quadratmeter mit einem riesigen Einkaufszentrum zubetonieren. Ein Stadtzentrum fehlt bisher, weil Garbsen vor 35 Jahren durch die Gebietsreform von Hannover abgeschnitten wurde. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das möglicherweise gut gemeinte Vorhaben als Eigentor. Das neue Einkaufszentrum soll nördlich der Autobahn entstehen, die die Stadt zerschneidet – aber dort wohnt kaum jemand. Gegen den geplanten Großmarkt kämpft eine Bürgerinitiative sowie im Rat eine Wählergemeinschaft und LINKEN-Ratsherr Andreas Koch, die beide eine Gruppe gebildet haben. Koch hat dadurch Zugang zu zwei Fachausschüssen, in denen er auch Stimmrecht hat. Davon können die linken EinzelvertreterInnen in den Räten von Lehrte, Burgdorf und Sehnde nur träumen.

### Ratsmehrheit will ganze Stadt umkrepeln

Seine Mitgliedschaft im Wirtschafts- und Finanzausschuss nutzt der 40-Jährige, um das unsinnige Großprojekt anzugehen – und das ist bitter nötig. Schließlich sind vom Bauvorhaben mehrere Stadtteile betroffen. Da das neue Einkaufszentrum Kaufkraft aus der Umgebung abziehen wird, steht die Zukunft des breiten Angebots im Planetencenter in den Sternen. Dieses Einkaufszentrum liegt auf der anderen, südlichen Seite der Autobahn im dicht bewohnten Stadtteil Auf der Horst. Auch die EinwohnerInnen von Alt-Garbsen und Havelse kaufen dort ein. Deshalb halten am Planetencenter auch die Stadtbahn und viele Busse – im Gegensatz zum geplanten Großmarkt im neuen Zentrum, der mit dem Öffentlichen Nahverkehr so gut wie nicht zu erreichen ist. Da die Region immer mehr Bahn- und Busverbindungen ausdünnst oder sogar streicht, ist dort auch in Zukunft kein halbwegs vernünftiger Anschluss an den Nahverkehr zu erwarten. Trotzdem ist die Region als Aufsichtsbehörde nicht grundsätzlich gegen die „Neue Mitte Garbsen“, will aber wenigstens deren Größe begrenzen.



*Andreas Koch ist Ratsherr der LINKEN im Rat der Stadt Garbsen.*

Der Eigentümer des Planetencenters sorgt sich derweil um den Bestand seines Einkaufszentrums und hat gegen den Beschluss der Stadt geklagt. Durch die Pleite des Hertie-Konzerns steht bereits heute mehr als die Hälfte der 16.000 Quadratmeter großen Verkaufsfläche leer. Auch die Zukunft des benachbarten Nettomarktes ist ungewiss. Neben den Menschen im Stadtteil Auf der Horst haben vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner aus Havelse das Nachsehen. „Dort stehen jetzt schon mehrere große Geschäfte leer“, mahnt Andreas Koch. „Fast 30 Prozent der Bevölkerung ist über 65, die sind auf eine gute Versorgung vor ihrer Haustür angewiesen!“ Er berichtet davon, dass der Anteil der Rentner in diesem Stadtteil in den nächsten zehn Jahren auf über 40 Prozent steigen wird.

## Viele Ungereimtheiten

Obwohl die Ratsmehrheit mit ihrem Neue-Mitte-Projekt die ganze Stadt verändern möchte, sind die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht gefragt worden. Sie dürfen sich erst äußern, wenn die Bebauungspläne veröffentlicht werden und ausliegen. Im Rat fordert Andreas Koch deshalb immer wieder



*Das von der Schließung bedrohte Planetencenter liegt vor der Haustür vieler Garbsener im Stadtteil Auf der Horst.*

eine Bürgerbefragung, die in einem solchen Fall eigentlich selbstverständlich sein sollte. „Eine so wichtige Entscheidung dürfen die Verantwortlichen im Rathaus nicht über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner hinweg fällen.“

Auch die Ausschreibung des Bauvorhabens wirft Fragen auf. Der portugiesische Investor Sonae Sierra war bereits ernsthaft im Gespräch, bevor der Auftrag europaweit ausgeschrieben wurde. Die Stadt schrieb außerdem erst aus, als sie per Gerichtsurteil dazu verdonnert wurde – obwohl die Ratsgruppe aus Wählergemeinschaft und DIE LINKE immer eine europäische Ausschreibung gefordert hatte. Wie zu erwarten, bekam Sonae Sierra den Zuschlag. Das ist verwunderlich, weil dieselbe Firma in Berlin bei einem ähnlichen Projekt städtebaulichen Schaden angerichtet hat. Das Unternehmen hat das Einkaufszentrum

Alexacenter am Alexanderplatz gebaut und dort auf einer Länge von 250 Metern eine monoton rote Ziegelwand errichtet. „Diese Fassade heißt bei den Berlinern ‚rote Banane‘“, berichtet Andreas Koch, der sich das vor Ort angeschaut hat. Klare Worte kamen dazu von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Er sei überrascht, dass seine Stadt so etwas Hässliches überhaupt genehmigt habe, erklärte Wowereit gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“. All das beeindruckt die Ratsmehrheit in Garbsen bisher nicht. Sie hält an dem dubiosen Investor und dem hoch fragwürdigem Projekt fest. Als alter Garbsener hofft Andreas Koch jetzt auf möglichst viel Protest bei der öffentlichen Auslegung der Baupläne.



## Lehrte

Obwohl Regina Steingräber dem Lehrter Rat erst seit Februar vergangenen Jahres angehört, hat sie schon einige Themen angefasst, die den BürgerInnen vor Ort unter den Nägeln brennen. Sie hatte das Mandat von Christian Pilz übernommen, der sich aus beruflichen Gründen aus der aktiven Politik zurückgezogen hatte.

### Feinstaub in der Eisenbahnerstadt

In der Eisenbahnerstadt Lehrte wird eine große Umschlagsanlage gebaut. Diese sogenannte Megahubanlage soll den Güterumschlag von Eisenbahnwaggons auf Lastwagen und umgekehrt sicherstellen. Durch die Stadt werden deshalb in Zukunft deutlich mehr Lastwagen fahren und die Atemluft vor allem mit Feinstaub belasten. Einen Antrag der linken Ratsfrau, die Feinstaubkonzentration zu messen, hat der Rat einstimmig angenommen. Die Sache hat leider einen Haken, weil das Land Niedersachsen kaum Messcontainer besitzt. Lehrte geht deshalb leer aus. Um die Feinstaubkonzentration trotzdem bestimmen zu können, sollen Mitarbeiter der Verwaltung die Feinstaubbelastung rechnerisch ermitteln. Dazu werden an einer wichtigen Straßenkreuzung die vorbeifahrenden Autos und Lastwagen gezählt.

### Engagement für Bürgerhaushalt

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der damit einbrechenden Steuereinnahmen werden bald viele BürgerInnen von massiven Leistungskürzungen betroffen sein. DIE LINKE im Lehrter Rat fordert deshalb einmal mehr, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Dieser wurde zum ersten Mal 1989 in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre erfolgreich umgesetzt. Danach sollen Bürgerinnen und Bürger beim Haushalt mitbestimmen und mitentscheiden dürfen – vor allem, wenn sie von geplanten Ausgaben und Kürzungen betroffen sind. „Ich verspreche mir davon mehr direkte Demokratie“, begründet Regina Steingräber ihren Vorstoß. „Außerdem haben dann diejenigen im Rathaus eine Lobby, denen bisher kaum jemand zuhört.“ Sie nennt Arbeitslose und Jugendliche. „Jugendliche müssen mitentscheiden können, wenn es um die Frage geht, ob und wie viel Geld die Stadt Lehrte für Projekte locker macht, die Jugendliche betreffen.“ Auch Drogenabhängige brauchen in Lehrte ein Lobby. Wenn sie keine Bleibe haben, müssen sie bei schlechtem und kaltem Winterwetter die meiste Zeit draußen kampieren. Die Drogenberatungsstelle Drobelt kann wegen Geldmangels nur bis 13.30 Uhr öffnen, die Beschäftigten haben nur halbe Stellen. Die Einrichtung hatte einen Zu-



*Regina Steingräber ist Ratsfrau der LINKEN im Rat der Stadt Lehrte.*



*Die Drogenberatungsstelle Drobelt hat wegen Geldmangels viel zu kurze Öffnungszeiten. Mit einem Bürgerhaushalt würde sich das ändern.*

schuss bei der Stadt beantragt, ist aber leer ausgegangen. „Mit einem Bürgerhaushalt kommen die Verantwortlichen im Rathaus damit nicht mehr durch“, ist die linke Ratsfrau überzeugt.

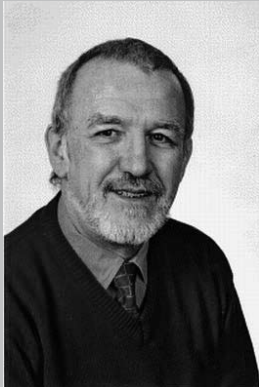
## Rote Karte für eisglatte Gehwege

Als im vergangenen Winter auch in Lehrte viele Gehwege vereist waren, hatten vor allem Seniorinnen und Senioren das Nachsehen. Selbst in Stadtteilen, in denen viele alte Menschen leben, waren die Gehwege spiegelglatt. Viele BürgerInnen hatten dafür kein Verständnis und forderten von der Stadt, Streusalz einzusetzen. Im Rat machte sich allein DIE LINKE dafür stark - aber vergeblich. Da die Hauseigentümer angrenzende Gehwege von Eis und Schnee befreien müssen, fühlte sich die Stadtverwaltung nicht zuständig. Die Stadt sei nicht verpflichtet zu kontrollieren, ob die Bürger ihre Bürgersteige enteisen würden, hieß es. Man sei nur für die öffentlichen Plätze zuständig.

## Sehnde

Wie im hannoverschen Stadtrat, so geht es auch in den Räten der Umlandkommunen manchmal etwas ruppig zu. Kein Wunder, wird doch im Rat, im Gegensatz zu den Bezirks- und Ortsräten, das Geld verteilt. In Sehnde ist das meist etwas anders. Die rund 25.000 Einwohner zählende Kommune im

südöstlichen Zipfel des hannoverschen Umlandes besteht aus vielen kleinen Dörfern und Ortschaften. „Die Ratsarbeit läuft hier überwiegend unter sozialer Rücksichtnahme“, beschreibt der linke Ratsherr Gerhard-Walter Schulz die Atmosphäre. Der 59-Jährige ist im März vergangenen Jahres für Michael Mitzig in den Rat nachgerückt, der aus privaten Gründen nach Hannover umgezogen ist. Wichtige Entscheidungen bereiten meist alle Parteien in den Ortsräten vor und nicken sie, falls erforderlich, nur noch im Rat ab. Gerhard-Walter Schulz begrüßt dieses bürgernahe Vorgehen. Auch die Ergebnisse können sich oft sehen lassen. So wollte die Bahn nach dem Umbau des Bahnhofs nicht die Wartung des behindertengerechten Fahrstuhls bezahlen. Kurzerhand sprang die Stadt ein. Gelder aus dem Konjunkturpaket flossen in die Renovierung und den Ausbau von Sporthallen und Kindertagesstätten. Eine Kita entstand gar in einem ehemaligen Gemeindehaus der Kirche.



*Gerhard-Walter Schulz ist Ratsherr der LINKEN im Rat der Stadt Sehnde.*

Alle Themen sind aber auch im Sehnder Rat nicht unstrittig. Gerhard-Walter Schulz hat gefordert, die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten den Arbeitszeiten der Eltern anzupassen und von acht auf täglich zehn

Stunden zu erweitern. „Sonst haben vor allem Alleinerziehende kaum eine Chance, einen Vollzeitjob außerhalb von Sehnde anzunehmen“, begründet der langjährige ehemalige Betriebsratsvorsitzende beim Elektronikunternehmen Conrad in Hannover seinen Vorstoß. Schließlich müsse man bei Pendlern die Zeiten für An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz mit einrechnen. Die CDU/FDP-Mehrheit im Rat hat dagegen die Öffnungszeiten nur auf neun Stunden ausgeweitet - und das auch nur, weil gesetzliche Vorgaben ein besseres Angebot an Betreuungsplätzen verlangen.

## Zankapfel Waldbad

Lange Zeit entzweite die Ratsleute die Zukunft des Waldbades. Das Traditionsbad mitten in Sehnde sollte nach den Vorstellungen einiger einem sogenannten Erlebnisbad nahe Rethmar weichen. Der Hintergrund: Das Waldbad muss saniert werden, und die Kosten sollten bei 1,4 Millionen Euro liegen, die der Rat nicht geben wollte. Da kam ein pfiffiger Unternehmer auf die Idee, ein Spaßbad mit Boot fahren und Co. zu bauen. Dafür wollte er Zuschüsse von der Stadt haben, die so unterm Strich kein Geld gespart hätte. Gerhard-Walter Schulz und andere befürchteten außerdem hohe Eintrittspreise, die vor allem Familien nicht mehr hätten zahlen können. Als Negativbeispiel nennt er das AquaLaatzium in Laatzten.

Da die Stadt nicht zwei Bäder bezahlen kann, musste sich der Rat für eins entscheiden. Zwischenzeitlich hatte sich eine Initiative für das Waldbad gebildet, der sich auch DIE LINKE vor Ort anschloss. Als sich in einer Bürgerumfrage die Mehrheit der SehnderInnen schließlich für das Waldbad aussprechen, war das Spaßbad vom Tisch – allerdings nicht der Zoff im Rat, weil jetzt die Renovierung des Kinderplanschbeckens zum Zankapfel wurde. Die Kosten dafür sollten bei rund 400.000 Euro liegen, was vor allem auch Gerhard-Walter Schulz bezweifelte. Die Ratsmehrheit von CDU und FDP wollte deshalb das Planschbecken ins Hauptschwimmbecken verfrachten. Gerhard-Walter Schulz stimmte mit SPD und Grünen dagegen, nicht nur, weil das wo-

möglich den Badespaß einiger Erwachsener beeinträchtigt. Über dem Hauptschwimmbecken fehlen auch die Bäume, die die kleinsten Besucher vor der Sonne schützen und dem Bad seinen Namen gegeben haben. Aber damit war das Thema noch nicht vom Tisch, denn irgendwie waren auch CDU und FDP nicht richtig mit ihrer Entscheidung zufrieden. Also setzten sich noch einmal alle Parteien an einen Tisch und suchten nach Alternativen. Schließlich kam jemand auf die Idee, ein Fachbüro mit dieser Aufgabe zu betrauen – und das hat sich in Heller und Pfennig für die Stadt gerechnet. Die Experten empfehlen der Kommune, die erst wenige Jahre alte Technik des HauptschwimmbECKENS auch für das Kinderplanschbecken zu nutzen. Dadurch sinken die Renovierungskosten für das Planschbecken auf rund 130.000 Euro. Damit können selbstverständlich alle Fraktionen leben. Das Planschbecken bleibt also, wo es ist, unter den Bäumen und kann wie das übrige Waldbad saniert werden.



*Das beliebte Waldbad in Sehnde sollte einem Kommerzbad mit hohen Eintrittspreisen weichen. Daraus wurde aber nichts.*

# DIE LINKE in den Stadtbezirksräten Hannovers

## Stadtbezirksrat 01: Mitte

Den Bezirksrat Mitte dominiert eine rot-grüne Mehrheit, die die Pläne der Stadtverwaltung gegen alle Widerstände durchzusetzen versucht. Nur der Protest der BürgerInnen kann, zumindest ansatzweise, ein Umdenken bewirken. Meist ist das aber nur eine rein medienwirksam gespielte Bürgernähe. Schließlich bleibt das Nein des Bezirksrats ohne Konsequenzen. Erschwerend kommt hinzu,

dass Anträge aus dem Bezirksrat nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn diese von allen Fraktionen unterstützt werden. Erforderliche Vorgespräche entschärfen die Inhalte, sodass sich nicht wirklich etwas ändert, wenn die Anträge tatsächlich umgesetzt werden.



*Petra Beimes ist Bezirksratsfrau der LINKEN im Bezirksrat Mitte.*

Die permanente Verknüpfung der Bezirksratsthemen mit der Zustimmung des Rates liegt an der zentralen Lage des Bezirkes, der für die gesamte Stadt wesentliche Bedeutung hat: Im Zentrum des Stadtbezirkes Mitte liegt der gleichnamige Stadtteil, der begrenzt wird durch den Cityring und der zahlreiche kulturelle Angebote für alle HannoveranerInnen hat. Die Clubs am Steintor und das Opernhaus sind nur ein Beispiel für die starken Kontraste im Viertel. Die Innenstadt ist mit ihren Einkaufsstraßen um den Kröpcke Anlaufpunkt für Menschen aus Stadt und Umland, die am Wochenende auch den Flohmarkt am Hohen Ufer besuchen.

Die Landeshauptstadt unternimmt seit einigen Jahren Anstrengungen, die Gegend um den Hauptbahnhof zur „Visitenkarte“ Hannovers auszubauen. Die Umgestaltung des Ernst-August-Platzes, des Opernplatzes und des Platzes der Weltausstellung, sowie der Versuch, die Gewerbetreibenden mit dem City-Management zu vernetzen, sollen die Innenstadt gefälliger werden lassen. Wegen der hohen Mieten haben alteingesessene Firmen und kleinere Geschäfte, wie es sie vor dem Umbau in der Passerelle gegeben hat, ihre Tätigkeit bereits aufgegeben und die Innenstadt bietet nur noch hochpreisige Luxusversorgung und Ladenketten, deren weltweit gleiches Angebot den Massengeschmack befriedigen soll.

Diese Verflachung der Innenstadt zur gesichtslosen Einkaufszone, wie sie in jeder größeren Stadt mit identischem Angebot zu finden ist, aufzuhalten, ist eine Aufgabe linker Politik. Die Innenstadt muss und soll für Menschen jeder Einkommenslage Angebote bieten und darf nicht nur zum Einkaufen dienen, sondern muss auch Wohnmöglichkeiten bieten. Nach Geschäftsschluss ist die Innenstadt nur noch Durchgangszone für Nachtschwärmer, die die Verkehrsanbindungen der Stadtbahn und Deutschen Bahn nutzen und für Jugendliche, die sich hier treffen, um gemeinsam die Abende zu verbringen. Die Geschäftsleute und wenigen AnwohnerInnen klagen über die von ihnen verursachte Verschmutzung und über Lärmbelästigung. Nach ihrer Vorstellung sollten sie und alle anderen „störenden Elemente“, wie Punks oder Obdachlose aus der Innenstadt vertrieben werden, weil sie das von ihnen gewollte Ambiente beeinträchtigen und z. B. die KundInnen der Oper und des GOP abschrecken könnten. Eine Auflockerung der Einkaufsstraßen durch Wohngebiete und die damit verbundene Belegung der In-

nenstadt böte eine bessere Möglichkeit der sozialen Kontrolle und würde so die Gefährlichkeit der nächtlichen Nutzung der Straßen verringern.

Die geringen Gestaltungsmöglichkeiten im Bezirksrat bedingen eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern und verhindern so eine geschlossene Opposition. Anträge können nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie interfraktionell gestellt werden. Dabei werden sie in Vorgesprächen so entschärft, dass die Umsetzung keine wirkliche Änderung bewirken kann. Hinzu kommt, dass die einzelnen Stadtteile wenig miteinander zu tun haben und sich nicht als gemeinsames Gebiet empfinden.

Die BewohnerInnen der Calenberger Neustadt orientieren sich nach Linden, die Oststädter empfinden sich als Teil der List und das Zooviertel betont seine Exklusivität. Die Stadtteile sind nämlich durch die Innenstadt nicht nur räumlich, sondern auch in ihrer Gestaltung und Lebensart von einander getrennt. Die Oststadt, der Stadtteil mit den meisten EinwohnerInnen im Bezirk, ist geprägt von Kleingewerbe, insbesondere auf der Lister Meile, die den Stadtteil mit der benachbarten List verbindet. Die Eilenriede, das Kulturzentrum Pavillon, zahlreiche Kneipen und Straßenfeste, Chöre, Übungsräume für Bands und Theatergruppen bieten ein vielfältiges Freizeitprogramm. In der Oststadt leben viele Familien, für die zahlreiche Schulen, Kindertagesstätten und Spielplätze vorhanden sind. Die Stimmung in der Oststadt ist eher bürgerlich-alternativ, die Menschen leben gern und lange hier.

Die politische Arbeit richtet sich darauf, die Lebensqualität zu sichern und das alternative Lebensgefühl zu erhalten, gegen die Bestrebungen der Stadtplaner, die ihre Vorstellungen für die Innenstadt auf die Lister Meile übertragen wollen, aufzuhalten. Prägend für die Läden und Gastronomie auf der Lister Meile ist ihr Basarcharakter, der durch die Individualität der kleinen Geschäfte entsteht, die einen Teil ihrer Produkte vor dem Geschäft anbieten. Die vorgeschriebene Eingrenzung dieser Möglichkeit und die Uniformität der Sitzmöbel für Aussenbewirtschaftungen könnten die Vielfalt zerstören und der Lister Meile den Todesstoß versetzen. Das Engagement der BewohnerInnen des Stadtteils hält sich dennoch in Grenzen.

Die zentrale Lage, die Infrastruktur und die persönlichen Lebensumstände sind hier offenbar befriedigend genug, um die Oststädter in einer gewissen Behäbigkeit verharren zu lassen. Findet Engagement statt, richtet es sich auf die kleinräumige Gestaltung des eigenen Wohnumfeldes, beispielsweise auf die Erlaubnis zur Aufstellung eines von AnwohnerInnen finanzierten Zaunes um einen Spielplatz.



*Stadtbezirk Mitte: Schöne neue Einkaufswelt?*

Das exklusive, konservative Zooviertel mit seinen Villenvierteln und die Calenberger Neustadt mit Behördenvierteln und von Studierenden und MigrantInnen bewohnten Wohnvierteln beschäftigen den Bezirksrat eher selten. Insbesondere in der Calenberger Neustadt dürften die Gründe dafür in der Zusammensetzung der BewohnerInnen liegen. Während die Studierenden ihre Lebenssituation als Zwischenschritt empfinden und deshalb wenig Bereitschaft aufweisen, ihr Wohnumfeld zu verbessern, hemmt die nicht wahlberechtigten MigrantInnen ihre soziale Ausgrenzung und das Gefühl, von den großen Parteien nicht wahrgenommen zu werden, weil sie keine Wählerstimmen versprechen.

## Stadtbezirksrat 02: Vahrenwald-List



*Kurt Lewerenz ist Bezirksrats-  
herr der LINKEN im Bezirksrat  
Vahrenwald-List.*

Kurt Lewerenz hat auf der Liste des Linksbündnis kandidiert und ist seit Anfang 2007 Mitglied im Bezirksrat Hannover Vahrenwald-List. Dort liegt ihm besonders die Förderung sozialer Initiativen, kleiner Vereine und Selbstorganisationen am Herzen. So konnte er erfolgreich dazu beitragen, dass in seinem Bezirk zwei weitere Kindertagesstätten eingerichtet wurden.

Lewerenz setzt sich für die Stärkung der Kompetenzen der Bezirksräte ein und steht deshalb dem Ansinnen von OB Weil (SPD), die Bezirke durch Bezirksmanager aus der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover zu koordinieren (oder zu kontrollieren?) sehr skeptisch gegenüber.

Ein brennendes Thema im Bezirksrat Vahrenwald-List ist die radioaktiv belastete Altlast um den de-Haen-Platz (siehe auch gesonderten Artikel in dieser Broschüre). In enger Abstimmung mit der LINKEN Regionsfraktion sowie der LINKEN Stadtratsfraktion setzt Kurt Lewerenz sich dafür ein, dass die Verantwortlichen der Altlast und ihre Rechtsnachfolger (der Honeywell-Konzern) und nicht die Anwohnerinnen und

Anwohner zu den Sanierungskosten herangezogen werden.

Das Konzept der Regionsfraktion „DIE LINKE“ für eine Region Hannover Pass, der für finanziell schlechter gestellte Menschen zahlreiche Ermäßigungen und freien Eintritt in Sozial- und Kultureinrichtungen ermöglichen soll und mit einem Sozialticketverbunden ist, hat Kurt Lewerenz mit seiner Arbeit in der Sozial-AG der Regionsfraktion weiter konkretisiert.

## Stadtbezirksrat 04: Buchholz-Kleefeld

Ohne Fraktionsstatus Politik machen zu müssen, ist manchmal nicht ganz einfach. Karsten Plotzki ist als Einzelvertreter der LINKEN im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld trotzdem erfolgreich. In kaum einem anderen Bezirksrat stimmen die anderen Parteien so häufig linken Anträgen zu. Allerdings werden die Anträge später im Rat meist von der rot-grünen Mehrheit abgeschmettert, obwohl deren Parteigänger im Bezirksrat zuvor zugestimmt haben. Etwas mehr Ehrlichkeit und Konsequenz würde man sich von den Mehrheitsfraktionen schon wünschen. Bezirksräte verkommen sonst zu Quasselbuden.

### Engagement für Kinder und Jugendliche

Als Diplom-Sozialarbeiter engagiert sich Plotzki vor allem für die jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtbezirks - und zwar nicht nur, weil er als Vater dreier Kinder selbst von einer besseren Familien- und Bildungspolitik profitieren möchte. So setzte sich der 39-Jährige immer wieder für den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Buchholz-Kleefeld ein. Seine Initiativen zur Schaffung zusätzlicher Krippen- und Hortplätze hat der Bezirksrat mit großer Mehrheit unterstützt. Kein Wunder, denn in Hannover und damit auch Buchholz-Kleefeld besteht ein großer Bedarf an Betreuungsplätzen.

Das belegen zahlreiche Umfragen und Statistiken. Die Ausbauprogramme der Stadt hinken dieser Entwicklung hinterher und können den Bedarf bei weitem nicht decken. Besonders vernachlässigt wird die Altersgruppe im Grundschulalter. Fehlende Betreuungsplätze für die Kleinsten und vor allem der Mangel an Hortplätzen erschwert vielen Eltern die Berufstätigkeit oder macht die Annahme eines Jobs unmöglich. Alleinerziehende sind besonders betroffen. „Hier muss die Landeshauptstadt, die sich selbst gern als kinder- und familienfreundlich ausgibt, dringend nachbessern“, fordert Plotzki. Selbstverständlich müssen die Betreuungsplätze auch für die Eltern bezahlbar sein. Die diskutierte Erhöhung der Kindergartenbeiträge kommt deshalb für den linken Bezirksratsherrn auf keinen Fall infrage. Im Gegenteil müsse das Essensgeld wieder abgeschafft werden, das bereits jetzt viele Geringverdiener über Gebühr belastet.

Auch in der Jugendarbeit gibt es in Buchholz-Kleefeld viel zu tun. Im Gegensatz zu vielen anderen Stadtteilen fehlt mit einem Stadtteilzentrum eine entsprechende Infrastruktur. Nur im Roderbruch unterhält die Stadt Jugendräume. Für den gesamten Stadtteil reichen diese aber bei weitem nicht aus. Vor allem für eine aktive Jugendarbeit sind weitere Treffpunkte dringend erforderlich. Auch Gruppen und Vereine, die keine eigenen Räume haben, können ein Freizeitheim oder eine ähnliche Einrichtung gut gebrauchen. Leider scheiterte ein entsprechender Antrag von Karsten Plotzki am radikalen Sparkurs von Rot-Grün - obwohl der Bezirksrat nicht nur einen entsprechenden Beschluss gefällt, sondern auch schon geeignete Räume gefunden hatte.

### LINKE macht Gen-Labore öffentlich

Die Ansiedlung einer Tierversuchsanstalt der Firma Boehringer im benachbarten Kirchrode konnte DIE LINKE zwar nicht verhindern. Zu stark überwogen offenbar, trotz teils massiver Proteste der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die wirtschaftlichen Interessen der Stadt Hannover. Für die rot-



*Karsten Plotzki ist Bezirksrats-herr der LINKEN im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld.*

grüne Ratsmehrheit standen offenbar Arbeitsplätze und Grundstückserlöse höher im Kurs als die Sorgen und Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner. Aber Karsten Plotzki machte mehr als hundert gentechnische Anlagen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld öffentlich, darunter auch mehrere Gen-Labore der höchsten Sicherheitsstufe. Viele Einwohnerinnen und Einwohnern wussten weder davon etwas noch von den Risiken bei Störfällen. Ein Thema, mit dem sich gerade DIE LINKE in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen wird!

Der linke Kommunalpolitiker beackert auch andere Bereiche der Umweltpolitik. Ende vergangenen Jahres setzte er sich für Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden ein. Werden alte durch moderne Beleuchtungssysteme ersetzt, verringern sich neben dem Stromverbrauch auch die Energiekosten für die Stadt. Beim Naturschutz setzte sich Plotzki zuletzt erfolgreich für den Schutz von Nachtigallenbrutplätzen im Umfeld des Bahnhofs Karl-Wiechert-Allee ein. Dank seiner Initiative sind die Reviere der Vögel für die Nachwelt erhalten worden. Nachtigallen stehen in Niedersachsen auf der roten Liste der bedrohten Arten.



### **Neuer Glanz für das Wahrzeichen Kleefelds**

Der Pferdeturm könnte als das mehr 600 Jahre alte Wahrzeichen Kleefelds künftig auch für Ausflügler interessant werden. Nachdem sich DIE LINKE im Bezirksrat erfolgreich für eine Sanierung der Fassade eingesetzt hat, soll nun auch das Beleuchtungskonzept umgesetzt werden. Doch Karsten Plotzki kann sich noch mehr vorstellen: Er regt die Ansiedlung einer Turmschänke oder eines Biergartens an, beispielsweise in Kooperation mit dem Betreiber des Eisstadions. So könnte der Turm aufgrund der günstigen Lage zu einem attraktiven Ausflugsziel werden, auch ohne die Anwohnerinnen und Anwohner zu beeinträchtigen.

## **Stadtbezirksrat 07: Südstadt-Bult**

Bürgernähe ist für Roland Schmitz-Justen, Bezirksratsherr der LINKEN im Bezirksrat Südstadt-Bult, eine Herzensangelegenheit. Während vor allem die Bezirksratsmehrheit aus SPD und Grünen gern mal an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil vorbei regiert, bezieht Schmitz-Justen die Wählerinnen und Wähler stets aktiv in die Kommunalpolitik mit ein - und diese Art der Politik kommt bei den Menschen an. Das machen nicht nur die teilweise harschen Reaktionen der alteingesessenen Politiker deutlich. Wie die folgenden Beispiele zeigen beteiligen sich viele Vereine, Initiativen und Interessierte rege an den Aktionen und Veranstaltungen des linken Bezirksratsherrn.

### **Die Südstadt braucht ein Stadtteilzentrum**

Im Gegensatz zu vielen anderen Stadtteilen fehlt in der Südstadt ein Freizeitheim oder eine ähnliche Einrichtung. Dort treffen sich normalerweise Vereine, Verbände und Gruppen, die keine eigenen Räume haben. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode hat sich deshalb Roland Schmitz-Justen mit



Nachdruck für die Einrichtung eines Stadtteilzentrums engagiert. Anders als die Bezirksratsmehrheit entschied sich der 42-Jährige für ein bürgernahes Vorgehen: Er nahm die Initiative des „Kulturfunken“ und des Fördervereins der Südstadtbücherei auf und kämpfte monatelang für ein Stadtteilzentrum in der ehemaligen Sehbehindertenschule. Trotz großer Unterstützung kann DIE LINKE bislang jedoch nur einen Teilerfolg verbuchen: Zumindest das Kulturbüro wird wohl künftig einen Platz in den Räumen der Athanasius-Kirche finden. Aber beim Stadtteilzentrum ist nach wie vor Fehlanzeige – was am Politikstil von Rot-Grün liegt. So warf das Verfahren zum Verkauf der Sehbehindertenschule ebenso einige Fragen auf wie die gesamte Diskussion zum Thema. Echte Bürgerbeteiligung war bei den Mehrheitsfraktionen offenbar unerwünscht. Wie sich herausstellte, standen die Ergebnisse für SPD und Grüne schon fest, bevor überhaupt eine öffentliche Diskussion in Gang kommen konnte. Aber damit sind die Probleme nicht vom Tisch, ein Stadtteilzentrum bleibt aktuell. DIE LINKE im Bezirksrat Südstadt-Bult wird deshalb weiter dafür streiten – auch wenn das für viele Politiker der anderen Parteien einmal unbequem werden könnte.

### **Politik mit Eltern und Kindern**

Politik für Kinder und Jugendliche ist ein weiterer Schwerpunkt der bisherigen Arbeit von Roland Schmitz-Justen im Bezirksrat, der beruflich mit geistig behinderten Menschen zu tun hat. Dass der Heilerzieher auch hier einen anderen Politikstil pflegt als viele andere Kommunalpolitiker, hat er gleich mehrfach bewiesen. So standen für ihn die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, als er sich in der kinderreichen Südstadt für eine Wasserspielanlage stark machte. Sein Engagement für eine Spielstraße vor dem angesehenen katholischen Privatgymnasium im Stadtteil hatte ihm eine Einladung zum Neujahrsempfang des Elternrats eingebracht. Mit seinen Forderungen trifft der linke Bezirksratsherr offenbar auch sonst den richtigen Ton. Ein Beispiel sind die Proteste gegen die gefährliche Parkplatzsituation am Berta-von-Suttner-Platz. Rund 160 Kinder waren auf Einladung von Schmitz-Justen im Bezirksrat erschienen, um gegen die Einrichtung von Parkplätzen direkt am Rand des Spielplatzes sowie der Spiel- und Liege-Wiesen zu protestieren. Sie haben so dem Oberbürgermeister deutlich gemacht, dass dringender Handlungsbedarf besteht.



*Roland Schmitz-Justen ist Bezirksratsherr der LINKEN im Bezirksrat Südstadt-Bult.*

### **Gesamtschulen statt Zwei-Klassen-Bildung**

Aktuell setzt sich DIE LINKE im Stadtbezirksrat Südstadt-Bult vor allem für einen Kurswechsel in der Bildungspolitik ein. Diesen hält die SPD für unnötig, obwohl sie den WählerInnen im Landtagswahlkampf etwas Anderes versprochen hat. Planungen wie das Zusammenlegen der Heinrich-Heine-Hauptschule und der Gustav-Stresemann-Realschule entlarven die sozialdemokratischen Wahlversprechen vom gemeinsamen Lernen als reine Lippenbekenntnisse. Vor allem aber gehen solche Vorhaben an den Interessen der Schülerinnen und Schüler, aber auch der betroffenen Eltern vorbei. Obwohl rund 120 Schüler, Eltern und Lehrer in die entscheidende Sitzung des Bezirkrates gekommen waren, wurde ihre Meinung dreist ignoriert. Die Politiker beschlossen, beide Schulen zusammenzulegen. Die Betroffenen hatten sich zuvor in Umfragen klar dagegen ausgesprochen, um ein zweigliedriges Schulsystem zu verhindern. Denn was Rot-Grün als ersten Schritt zur gemeinsamen Schule zu tarnen versucht, ist nichts weiter als eine reine Sparmaßnahme, die in eine Zwei-Klassen-Bildung mündet. DIE LINKE setzt dagegen auf Integrierte Gesamtschulen (IGS). Roland Schmitz-Justen fordert eine IGS

im Stadtteil und hat bereits begonnen, gemeinsam mit Eltern und LehrerInnen eine entsprechende Initiative anzuschieben.

## **UN-Konvention für Menschen mit Behinderung umsetzen**

Als einer der ersten Kommunalpolitiker in Hannover setzt sich Schmitz-Justen dafür ein, dass die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen umgesetzt wird. Diese ist im März dieses Jahres auch in Deutschland in Kraft getreten und hat für Behinderte das Recht auf Selbstbestimmung, Partizipation und umfassenden Diskriminierungsschutz formuliert. Bisher sind allerdings Vorschläge rar gesät, wie die UN-Vereinbarung gelebte Praxis werden soll. Wichtig ist für den linken Kommunalpolitiker, Kinder und Jugendliche einzubeziehen - denn gerade im Bildungssystem ist man von den festgeschriebenen Zielen noch weit entfernt. Die Konvention sieht vor, Kinder und Jugendliche nicht mehr wie bisher in separaten Einrichtungen zu betreuen, sondern in die Regelschulen zu integrieren. Dazu muss in Niedersachsen das System der Förderschulen abgeschafft werden. Leider beschäftigt sich die Landeshauptstadt Hannover noch nicht ausreichend mit diesem Thema. Das zumindest ergab die Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der LINKEN im April dieses Jahres im Bezirksrat. Roland Schmitz-Justen wird deshalb weiter Druck machen.

## **Stadtbezirk 08: Döhren-Wülfel-Mittelfeld**

Zunächst war es ein „Beschnuppern“ durch die anderen Parteien. Wie wird er sein, der Vertreter der LINKEN im Bezirksrat? Das war wohl die Frage der ersten Stunde bei den anderen Parteien. Manfred Milkereit stellte zu Beginn der Legislaturperiode in der bürgerlichen Presse fest: „Weil sich SPD und CDU im Stadtbezirksrat spinnefeind sind, wird es wechselnde Mehrheiten geben.“ Beispiele hierzu sollen folgen.



*Manfred Milkereit ist  
Bezirksratsherr der LINKEN  
im Bezirksrat Döhren-Wülfel-  
Mittelfeld.*

„Das Umsetzen von Zielen der LINKEN ist ein schwieriges Unterfangen, wenn die Kompetenz der Bezirksräte nicht groß ist und kaum Streitigkeiten über die 'kleinen' Probleme im Stadtbezirk bestehen“, sagt der Döhrener Familienvater. Soziale Politik lässt sich nicht immer im Bezirksrat umsetzen.

Kommunalpolitik ist der erste Ansprechpartner vor Ort. Es ist deshalb wichtig, die Bezirksräte zu stärken und ihnen mehr Rechte zu geben. Für Manfred Milkereit als linkem Kommunalpolitiker stehen vor allem die Belange der Jüngsten und sozial Schwächsten im Mittelpunkt. Tatsächlich gibt es jedoch oft wenig Möglichkeiten der Veränderung. So beantragte Milkereit in seinem ersten Antrag die Aufhebung des Essensgeldes in Kindertagesstätten. Diesem Antrag stimmte die CDU zwar zu, die anderen Parteien lehnten ihn jedoch ab.

Demgegenüber wurde jedoch von allen Parteien eine Unterstützung von hilfebedürftigen Schülern gefordert und beschlossen. Über die Schulen bekommen sie finanzielle Unterstützung bei der Materialbeschaffung.

### **Geringe Einflussmöglichkeiten des Bezirkrates nutzen**

Wie klein vielfach der Einfluss der Bezirksräte ist, zeigt das Beispiel eines Bebauungsplanes, über den ein Streit im Bezirksrat entbrannte. Die von Einwohnerinnen und Einwohner gut besuchte Sitzung sollte einen Beschluss darüber fällen, ob ein parkähnlicher Innenhofbereich mit Seniorenwohnungen zugebaut werden sollte. Letztlich wurde der Bebauungsplan gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Manfred Milkereit hatte durch die öffentliche Verbreitung des Bauvorhabens die rege Beteiligung erst angestoßen. Er betont: „Hier sind natürlich die Interessengegensätze abzuwiegen. Doch wiegt das Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner von 286 umliegenden Wohnungen schwerer, als das von 15 zukünftigen Bewohnern der zu errichtenden Seniorenwohnanlage.“ Eine Bürgerinitiative dankte Manfred Milkereit für seinen Einsatz.

Doch die Verquickungen des Bauherrn mit der Politik waren zu stark, um eine objektive Entscheidung herbeizuführen. Das Kuratorium der Stiftung, die den Bau plante, besteht aus Mitgliedern von SPD, Grünen und CDU. So beschloss schließlich der Rat der Stadt Hannover mit den Stimmen von Rot-Grün gegen den Willen des Bezirkrates doch die Bebauung des Innenhofes.

### **Aktive Teilnahme am Stadtleben**

Für Kommunalpolitiker ist eine Teilnahme an Stadtteilgremien (Stadtteilrunden, Kommunaler Kriminal-Präventionsrat etc.) besonders wichtig, um hier die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen des Stadtteils zu erfahren. Dies zeigte sich besonders bei einem Bürgerforum, an dem sich Manfred Milkereit beteiligte. Dieses wurde vom Rat der Landeshauptstadt Hannover eingesetzt, um sich mit den Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung in und um die Wiehbergstraße auseinanderzusetzen. Das Ergebnis sollte auf einer Sitzung des Bezirkrates Döhren-Wülfel in einer entsprechenden Beschlussdrucksache umgesetzt werden. In der heftigen und teils persönlichen Auseinandersetzung im Bezirksrat stellte sich Manfred Milkereit hinter die „Interessengemeinschaft der Anwohner der Wiehbergstraße und ihrer Querstraßen“, die im Bürgerforum einen durchdachten sechsmonatigen Versuch einer beruhigenden Verkehrsführung erarbeitet hatten. Dennoch stimmten CDU, FDP und WfH gegen den Vorschlag der Interessengemeinschaft.

„Die Politik karikiert sich selber, wenn sie erst die Bürgerbeteiligung beschließt, um die Ergebnisse dann nicht umzusetzen“, kritisierte Manfred Milkereit in seiner Rede im Bezirksrat. Er nannte das Vorgehen der CDU einen „Schildbürgerstreich“. Die CDU mobilisierte im Vorfeld der Sitzung gegen die Verkehrsberuhigung und konnte so Anwohner erreichen, die bisher geschwiegen hatten. Nach Ihrem Scheitern im Bezirksrat versuchten CDU und WfH über eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht die Umsetzung zu stoppen. Diese wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Die Interessengemeinschaft dagegen dankte Manfred Milkereit für seine „klaren Worte und Standpunkte an diesem denkwürdigen Abend“ und betonte, dass er „respektvoll mit unserer Arbeit als engagierte Bürger“ umgehe. Auch wenn es nicht gelungen ist, die Drucksache im Bezirksrat zu verabschieden, wird DIE LINKE weiterhin ein Sprachrohr engagierter Bürgerinnen und Bürger sein.

## **DIE LINKE bringt es auf den Punkt**

Dass auch Änderungsanträge wirken, zeigt sich an einem anderen Beispiel. Bereits mehrere Sitzungen lang beschäftigte das Kleingartengebiet um die Hohe Tonkoppel in der „Döhrener Masch“ den Bezirksrat Döhren-Wülfel. Dabei ging es um die Ausweisung eines bisher ungewidmeten Grundstückes unter anderem als Kleingartengebiet. Nachdem Manfred Milkereit durch seine gezielte Nachfrage bereits die kritischen Punkte herauskitzelte, teilte die Verwaltung mit, dass sie gern einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet in der „Döhrener Masch“ hätte.

Da die SPD in der nächsten Bezirksratssitzung wieder ihren alten Antrag zur Abstimmung stellen wollte, stellte Milkereit einen Änderungsantrag, der die Ausweisung unter anderem als Kleingartengebiet sprachlich klar zum Ausdruck brachte. Der Antrag der LINKEN wurde von den anderen Parteien gelobt und einstimmig verabschiedet.

## **Nachhaken hilft**

Nachdem die Schließung der Stadtteilbücherei Mittelfeld bereits in der letzten Legislaturperiode gegen großen Protest beschlossen wurde, steht es noch an, die leerstehenden Räume sinnvoll zu nutzen, um das öffentliche Gebäude nicht verkommen zu lassen. Dies war auch die Intention einer Anfrage von Manfred Milkereit. Die Stadtverwaltung musste jedoch zugeben, dass alle von potenziellen Nutzern vorgeschlagenen Möglichkeiten wegen des ungünstigen Raumzuschnitts zu erheblichen Kosten führen würden. Bisher ist es der Verwaltung nicht gelungen, ein Modell umzusetzen, das kaum Kosten verursacht. Dies beschäftigt inzwischen auch die SPD. Vielleicht ist hier der größere Verwaltungseinfluss erfolgreich und es ist möglich, die ungenutzten Räume wieder dem Stadtteil und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zur Nutzung zu überlassen. Interessierte Gruppen, die auch bereits ein Nachnutzungskonzept vorgelegt haben, gibt es jedenfalls genug. DIE LINKE wird hier weiter nachhaken.



*Bereits seit mehreren Jahren ist die Stadtteilbücherei in Mittelfeld geschlossen. Bis heute hat sich keine Mehrheit für eine sinnvolle Nachnutzung gefunden.*

Ein Bücherschrank kann und soll kein Ersatz für eine Bücherei sein. Angeregt durch andere Städte und Stadtbezirke ist Manfred Milkereit dennoch dabei, die Parteien von einem Bücherschrank als zusätzliches Angebot für den Rübezahplatz sowie für den Fiedelerplatz zu überzeugen. Manfred Milkereit zeigt sich zuversichtlich, dass es auch hier bald voran geht und den Bürgerinnen und Bürgern die Bücherschränke zugute kommen.

## **Akzeptiert als politische Kraft in der Bevölkerung und den anderen Parteien**

Trotz des geringen Einflusses der Bezirksräte hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren gezeigt, wie wichtig es ist, in den politischen Gremien vertreten zu sein, um die Programmatik der Partei DIE LINKE auch hier zu vertreten und ein Sprachrohr für viele Bürgerinnen und Bürger zu sein, die sich von den bürgerlichen Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Doch die Akzeptanz im Stadtbezirk kann

nicht nur über den Bezirksrat führen. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen stärker beteiligt werden. Eine Möglichkeit, die Rechte des Bezirksrates zu stärken, sieht Manfred Milkereit z.B. in Bürgerhaushalten. „Wenn die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung darüber haben, wie das Geld verteilt werden soll, wird sicherlich auch wieder mehr Interesse an der Kommunalpolitik entstehen. Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk seien ihm sehr wichtig,“ so Manfred Milkereit.

### **Außerparlamentarisch wirken**

Auf Mitinitiative von Manfred Milkereit wurde der Aufruf „Bunt statt braun“ durch den Bezirksrat unterstützt. Dies liege ihm besonders am Herzen, da beispielsweise Mittelfeld als Teil des Stadtbezirks Einwohnerinnen und Einwohner mit 75 verschiedenen Nationalitäten vorweisen kann. Manfred Milkereit hat hier weitere ähnliche Aufrufe unterstützt: „Dies ist eine Möglichkeit, linke Politik zu vertreten. Parlamentarier stehen mehr in der Öffentlichkeit und können so auch als Vorbild wirken.“

### **DIE LINKE in die Bevölkerung bringen, aber auch die Probleme der Bevölkerung zur LINKEN**

Um weiter in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommen und die Transparenz seiner Tätigkeit darzulegen, gibt es eine regelmäßige Bürgersprechstunde. Diese findet in der ersten ungeraden Woche im Monat im FZH Döhren (nicht während der Schließzeit) jeweils mittwochs um 19.30 Uhr statt.

„Ich freue mich auf die Bürgerinnen und Bürger, um mit Ihnen über die kommunalen Probleme zu diskutieren. Das gehört mit zu den vielseitigen Aufgaben im Stadtbezirksrat“, sagt Bezirksratsherr Manfred Milkereit und geht optimistisch in die zweite Hälfte der Legislaturperiode.

Eine weitere Möglichkeit, ihr Interesse an der Politik zu bekunden haben die Bürger und Bürgerinnen an Infoständen, die auch abseits von Wahlen in unregelmäßigen Abständen im Stadtbezirk stehen. „Manchmal stoße ich als Einzelvertreter an meine Grenzen. Ich kann die Arbeit nicht auf mehrere Schultern verteilen. Die anderen Fraktionen haben da bislang einen gewissen Vorteil. Deshalb freue ich mich auf die nächste Kommunalwahl, damit im Bezirksrat mehr Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN sitzen. Daran arbeite ich.“

## **Stadtbezirksrat 09: Ricklingen**

---

Die meiste Arbeit hat Sven Steuer, Bezirksratsherr der LINKEN in Ricklingen, vor allem neben den offiziellen Sitzungen. Die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden ist für ihn mindestens ebenso wichtig wie die parlamentarische Arbeit im Bezirksrat. Der Kommunalpolitiker, der hauptberuflich in der Obdachlosenarbeit der evangelisch-lutherischen Stadtmission tätig ist, fehlt auf kaum einem Treffen und auf kaum einer Veranstaltung im Stadtbezirk 09. Zu diesem gehören neben Ricklingen auch die Stadtteile Bornum, Wettbergen und Mühlenberg. Nach gerade einmal zweieinhalb Jahren ist DIE LINKE dort eine feste Größe geworden, die aus der Kommunalpolitik nicht mehr wegzudenken ist.



*Sven Steuer ist Bezirksratschher der LINKEN im Bezirksrat Ricklingen.*

## **Umweltzone komplett wirkungslos**

Ob Südschnellweg, Göttinger Chaussee, Friedrich-Ebert-Straße oder Bundesstraße 65: Die Verkehrsbelastung ist in Ricklingen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode ein Dauerbrenner gewesen und wird es wohl auch in der zweite Hälfte bleiben. Sven Steuer versucht, die teilweise unzumutbaren Beeinträchtigungen der Einwohnerinnen und Einwohner zu verringern und zusätzliche Belastungen zu vermeiden. So engagierte sich der linke Kommunalpolitiker zu Beginn seiner Amtszeit vor allem im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße, wo die Belastung mit Feinstaub eine der höchsten in der Landeshauptstadt ist. Gemeinsam mit den Linksfraktionen in Rat und Regionsversammlung machte Steuer darauf aufmerksam, dass die Umweltzone komplett wirkungslos ist, um Feinstaub zu vermeiden. Obwohl er wirksamere Methoden vorgeschlagen hat, hält die rot-grüne Ratsmehrheit stur an ihrer Umweltzone fest. „SPD und Grüne sollten im Interesse der Gesundheit der Ricklinger lieber sinnvollere Alternativen ins Auge fassen“, schreibt der 41-jährige den Mehrheitsfraktionen ins Stammbuch.

Die Straßen in Ricklingen sind nicht nur viel befahren, sondern Autos und Lastwagen sorgen auch für reichlich Verkehrslärm. Die Friedrich-Ebert-Straße und die B 65 gehören zu den lautesten Straßen in Hannover. Das ergab eine Lärmkartierung, die den Verkehrslärm an den Straßen listet. Die Behörden legten sie mit fast einem Jahr Verspätung endlich Mitte vergangenen Jahres auf den Tisch. Passiert ist seitdem jedoch nichts, obwohl der Verkehrslärm nicht nur die Wohnqualität der AnliegerInnen massiv einschränkt, sondern auch zu Krankheiten führen kann. Weder Stadt noch Vermieter müssen für zusätzlichen Schallschutz sorgen, ergab eine Anfrage der LINKEN. Die Anlieger der betroffenen Straßen müssen also weiter den Krach hinnehmen. Nicht wenige fühlen sich verschaukelt: Dass sie an lauten Straßen wohnen, war ihnen auch ohne Messungen bekannt. Dabei könnten die Stadtverantwortlichen Einiges tun, um den Verkehrslärm in Ricklingen deutlich wahrnehmbar zu verringern. Sven Steuer hat in Bornum Schallschutzwände entlang der B 65 gefordert. Sein Antrag wurde abgelehnt, obwohl noch mehr Verkehrslärm im Stadtbezirk durch den Ausbau des Gewerbestandortes auf dem ehemaligen Hanomag Gelände zu erwarten ist. Der Stadtbezirk Ricklingen sei nicht zuständig, weil das Gelände in Linden-Süd liege, hieß es zur Begründung. Den Verkehr, der vor allem über die Friedrich-Ebert-Straße strömt, interessiert dieses Kompetenzgerangel freilich nicht. Die Leidtragenden sind Ricklinger.

## **Oberbürgermeister bricht Wahlversprechen**

Im vergangenen Kommunalwahlkampf hatte Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) den Hannoveranern versprochen, die Kompetenzen der Bezirksräte zu stärken. Passiert ist das genaue Gegenteil, und das kostet auch noch viel Steuergeld. Für jährlich 500.000 Euro hat die Stadt insgesamt dreizehn Stadtbezirksmanager angestellt, die angeblich die Bezirksräte besser an die Bürgerinnen und Bürger anbinden sollen. In der Praxis übernehmen diese Verwaltungsmitarbeiter aber Aufgaben, die bisher die Bezirksräte innehatten: Repräsentation bei Veranstaltungen im Stadtteil und die Kommunikation mit den Bürgern. Eine Kommission zur Stärkung der Bezirksräte hat sich als reine Quasselbude entpuppt und auch nach mehr als einem halben Jahr noch keine Ergebnisse vorgelegt. Kein Wunder, muss doch die Niedersächsische Gemeindeordnung geändert werden, wenn die Stadtbezirke mehr Kompetenzen erhalten sollen. Eine Binsenweisheit, auf die DIE LINKE schon seit langem hinweist.

## Lebensqualität vor Ort

Bezirksratsherr Sven Steuer engagiert sich nicht nur bei den „großen Themen“ im Stadtteil. Zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Bezirksrats streitet er beispielsweise für eine wohnortnahe Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs in Bornum. Dort fehlt bisher ein Nahversorger. Das Nachsehen haben vor allem umweltbewusst lebende Menschen und BürgerInnen mit wenig Geld, die sich kein Auto leisten können. Steuer macht sich sowohl für einen Wochenmarkt als auch für die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Bornum stark. Auf einen Standort für den Lebensmittelmarkt hat sich der Bezirksrat bereits geeinigt.

Ein anderes Thema, das auch in Ricklingen die Gemüter erhitzt, ist der öffentliche Alkoholkonsum. Immer wieder hat der Bezirksrat über ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen diskutiert. DIE LINKE lehnt dieses Vorhaben jedoch vehement ab. „Ein generelles Verbot verhindert den öffentlichen Alkoholkonsum nicht, sondern verlagert ihn nur in andere Bereiche des Stadtbezirks“, sagt Sven Steuer. „Außerdem trinken auch ganz normale Leute gern mal ihr Bierchen unter freiem Himmel. Dieses Stück Lebensqualität sollte erhalten bleiben.“

## Stadtbezirksrat 10: Linden-Limmer

DIE LINKE im Bezirksrat Linden-Limmer hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren vor allem gegen den Abbau von Service für die Bürgerinnen und Bürger gekämpft. Zusammen Winfried Hadasch vom Bündnis für soziale Gerechtigkeit beteiligten sich Harry Meyer und Kathrin Rose am Widerstand gegen die Schließung von kommunalen Einrichtungen. Die rot-grüne Mehrheit im Rathaus ist der Meinung, dass Linden-Limmer damit überversorgt sei. Das wohl bekannteste Beispiel ist die geplante Schließung der Stadtteilbibliothek in der Limmerstraße. DIE LINKE hat ein breites Bündnis mitinitiiert, das 25.000 Unterschriften dagegen gesammelt hat. Bekanntester Unterzeichner war Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), der als „Linkenfresser“ normalerweise immer einen großen Bogen um DIE LINKE macht. Wenn er gewusst hätte, wer die Unterschriftensammlung mit organisiert hat, hätte er wohl nicht unterzeichnet. Ein großes Bibliotheksfest rundete die Aktionen ab.

### Widerstand gegen Schließungen und unsinnige Bauvorhaben

Mit Hilfe der LINKEN entwickelte sich auch Widerstand gegen die Schließung von radio flora und der Kindertagesstätte Hohe Straße sowie den unsinnigen Ausbau des Stichkanals zum Lindener Hafen. Die Stadt will diesen Kanal erheblich verbreitern, um übergroßen Motorschiffen mit einer Länge von 135 m die Durchfahrt zu ermöglichen. Tilmann Heuser, Schifffahrtsexperte des BUND, verweist auf eine fehlende Analyse des Bedarfs. Im Stichkanal fährt bisher nur ein Schiff pro Tag, der damit nur zu zehn Prozent ausgelastet ist. Von den rund 80 Betrieben rund um den Lindener Hafen nutzen nur fünf den Wasserweg. Der Ausbau kostet rund 220 Millionen Euro Steuergeld von Bund und Land. Die Kosten-Nutzen-Effizienz liegt nach Meinung von Fachleuten am Ende aller Wasserstraßenprojekte des Bundes. Dazu wür-



*Harald Meyer ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Linden-Limmer.*



*Kathrin Rose ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Linden-Limmer.*

den die negativen Umweltauswirkungen kommen und die Gefährdung der Wohn- und Erholungs-Qualität in Linden überhaupt. „Für Unsinn wird viel Geld gegeben und bei sozialen und anderen Aufgaben wird gespart“, kommentiert Harry Meyer die Politik von SPD und Grünen im Rat. Der linke Bezirksratscherr kritisiert die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün auch beim Einzelhandel. Die Ansiedlung der Ernst-August-Galerie am Hauptbahnhof habe die Chancen fürs Ihme-Zentrum weiter verschlechtert, wiederbelebt zu werden. Er regt an, dort mehr Teile der städtischen Zentralverwaltung unterzubringen.

### **Keine Hochbahnsteige in der Limmerstraße!**

Auch die Verkehrs- und Umwelt-Politik hat sich die Linksfraktion im Bezirksrat auf die Fahnen geschrieben. Sie streitet seit langem vehement für Straßenbahnen mit einem ebenerdigen Einstieg. Diese Niederflurbahnen sollen auf der Strecke der Linie 10 zwischen Ahlem und dem Aegi verkehren. Das fordern auch viele EinwohnerInnen im Stadtteil und überwiegend auch das Wirtschaftsforum Linden. Die üstra will dagegen irgendwann ihre silbernen Stadtbahnwagen durch Linden fahren lassen. Dazu müssten dann aber Hochbahnsteige entlang der Linie 10

gebaut werden. Das kostet nicht nur viele Millionen, sondern ist, vor allem in der Limmerstraße, auch ein schwerer Eingriff ins Stadtbild. Nicht nur in der Verkehrspolitik, auch bei umweltverseuchten Flächen macht die Linksfraktion im Bezirksrat der Verwaltung Beine. Altlasten würden nicht schnell genug beseitigt, kritisiert Kathrin Rose, die genauso wie Harry Meyer im Stadtteil fest in Vereinen und Verbänden verankert ist.

## **Stadtbezirksrat 11: Ahlem-BadenstedtDavenstedt**

„Die Kommunalpolitik ist das letzte Glied einer Kette von sogenannten Sachzwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft“ sagt der linke Gewerkschafter Siegfried Seidel, der seit September 2006 für DIE LINKE im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sitzt.

Wichtig ist ihm, dass Kommunalpolitik sich mit den zentralen Widersprüchen auseinandersetzt und sich nicht mit dem vorgegebenen Zuständen zufrieden gibt. „Realistisch und radikal, so muss linke Kommunalpolitik aussehen“, sagt Seidel.

Ein besonderes Anliegen ist dem aktiven Gewerkschafter und Familienvater eine soziale Politik, die diesen Namen auch verdient: „Original sozial“ halt. Politik für die „kleinen Leute“, um denen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden, ist seine Devise.

In der Kommunalpolitik vor Ort ist ihm die Kinder- und Jugendpolitik besonders ans Herz gewachsen. Im Bezirksrat machte er sich – sogar zusammen mit der CDU – dafür stark, dass das Essensgeld in den Kindertagesstätten wieder abgeschafft wird. Leider ohne Erfolg, denn die SPD stimmte dagegen und die Grünen enthielten sich. Der Bezirksrat lehnte auch den Antrag der LINKEN für kostenloses



Mittagessen in Ganztagschulen für Kinder aus „Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften“ ab. „Das Essensgeld liegt nicht in der Zuständigkeit des Bezirksrates“ hieß es von Seiten der SPD. Dazu Siegfried Seidel: „Wenn auf Bundesebene keine sozial gerechte Politik gemacht wird, muss dies – wenn möglich – auf kommunaler Ebene ausgeglichen werden.“

### **Befragung von Jugendlichen**

Mit großer Mehrheit nahm der Bezirksrat einen Antrag des Bezirksratsherren Seidel an, der die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auffordert, im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eine Befragung unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren durchzuführen. Ziel war es, von den Jugendlichen zu erfahren, welche Bedürfnisse und Freizeitwünsche sie haben. Die bedarfsgerechte Umsetzung blieb aber bisher aus.

### **Für eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in Hannovers Westen**

Mehrere Vorstöße mit dem Ziel, das Schulzentrum in Ahlem in eine IGS umzuwandeln und so der Schließung entgegen zu wirken, scheiterten. Eine Anfrage zu den Schülerzahlen der Kinder aus dem Bezirk, die eine IGS besuchen, brachte zu Tage, dass die Verwaltung bislang keine statistische Auswertung nach Stadtteilen vorgenommen hat. Allerdings hatte eine Trendabfrage im August 2007 ergeben, dass 79 SchülerInnen aus dem Stadtbezirk eine IGS besuchen wollten. Dass das Schulzentrum Badenstedt nun in eine IGS umgewandelt werden soll, sieht der linke Bezirksratsherr Seidel als Teilerfolg seiner Bemühungen.

### **Für eine bessere Kommunikation**

Auch die Kommunikation zwischen dem Bezirksrat und den BürgerInnen liegt ihm am Herzen. So griff Seidel den Wunsch etlicher BürgerInnen auf, mehrere Schaukästen im Bezirk aufzustellen, damit die Arbeit des Bezirksrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt transparenter wird, „denn in Zeiten von Hartz IV ist es keine Selbstverständlichkeit mehr, dass sich jeder Bewohner eine Tageszeitung oder einen Internetzugang leisten kann“, so Seidel. Leider wurde diese Initiative von den anderen Parteien im Bezirksrat abgelehnt, ebenso die Schaukästen für die Vereine, die sich dadurch besser präsentieren könnten.

### **Änderungen durch Anfragen**

Auch verschiedene Anfragen des linken Bezirksratsherren brachten Veränderungen im Stadtbezirk mit sich. Ob es sich nun um die Sauberkeit des Davenstedter Marktes drehte, um Grünschnittmaßnahmen auf dem Rodelberg an der Carlo-Schmidt-Allee, um defekte Gehwegplatten auf dem Badenstedter Friedhof oder um ein Bushaltstellenhäuschen am Willy-Spahn-Park – Siegfried Seidel hat immer ein offenes Ohr für die Nöte und Sorgen der BürgerInnen in Ahlem-Badenstedt-Davenstedt.

### **Gegen Nazis und Fremdenfeindlichkeit**

Ein weiteres Anliegen des linken Bezirksratsherren ist der Antifaschismus und Antirassismus. So brachte er den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus in den Bezirksrat ein,



*Siegfried Seidel ist Bezirksratsherr der LINKEN im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt.*



*Auch im Stadtbezirk ein wichtiges Thema: Antifaschismus.*

welche allerdings von den anderen Parteien abgelehnt wurde. „Was die Landeshauptstadt Hannover schon beschlossen hat, braucht der Bezirksrat nicht mehr nachzuholen“, lautete die Begründung der Sozialdemokraten; die CDU vermisste den Hinweis auf den „Linksextremismus“. Um so mehr freute sich Seidel, als eine interfraktionelle Resolution des Bezirkrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt das vom DGB initiierte Bündnis gegen den von den Nazis am 1. Mai 2009 in Hannover geplanten Aufmarsch Formulierungen seines 2007 gestellten (und damals abgelehnten) Antrages enthielt. So etwa die Textzeile: „Die Mitglieder und Fraktionen im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt wenden sich gegen jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.“

Diesbezüglich gefällt es Seidel auch, dass die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover nach Vorlage und Auswertung eines Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Helmut Bley über Paul von Lettow-Vorbeck nun die entsprechenden Gründe für die Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Allee anführte.

Ausgangspunkt hierfür war ein Antrag der LINKEN im September 2007, der eine Umbenennung in u.a. Jakobus Morenga oder Hendrick Witbooi vorsah. Dieser Antrag wurde allerdings abgelehnt, angenommen wurde aber im Oktober 2007 ein Prüfantrag von SPD und Grünen. Das Ergebnis liegt nun vor.

Die Verwaltung hat drei Vorschläge erarbeitet, die nach Ansicht der Verwaltung als neue Namensgeber für die Lettow-Vorbeck-Allee in Frage kommen. Unter anderem Miriam-Makeba-Straße. Dieser Vorschlag geht auf eine BürgerInnenanfrage im Bezirksrat und einen Antrag der LINKEN im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt zurück, der allerdings zurückgezogen wurde.

### **Für Kindertagesstätten, aber gegen Public-Private-Partnership**

„Natürlich ist DIE LINKE für den Neubau von Kinderbetreuungseinrichtungen“, betont der linke Bezirksratsabgeordnete Siegfried Seidel. „Den Plan, den Neubau einer Kindertagesstätte am Wilhelm-Raabe-Weg Ecke Ahlemer Turm in Form einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft durchzuführen, lehnen wir allerdings ab.“ Nachdem Seidels Antrag, die PPP-Finanzierung aus der entsprechenden Verwaltungsvorlage zu streichen, im Bezirksrat abgelehnt wurde, hat er der Verwaltungsvorlage seine Zustimmung verweigert.

„Wenn das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Banken da ist, müssen auch finanzielle Mittel für Kindertagesstätten übrig sein“, begründet Siegfried Seidel seine Ablehnung. „Außerdem kommt die spätere Anmietung des Gebäudes die Stadt insgesamt teurer, als wenn sie selber bauen würde. Die Privatwirtschaft und die Banken schöpfen dann letztlich die Gewinne ab.“

### **Keine Schließung der Bibliothek in Linden-Nord!**

Besonders kurios war das Abstimmungsergebnis im Bezirksrat über einen Antrag Siegfried Seidels gegen die Schließung der Stadtbibliothek in Linden-Nord. Dieser wurde mit der denkbar knappsten

Mehrheit von einer Stimme (seiner eigenen) bei geschlossener Enthaltung aller anderen Mitglieder des Gremiums angenommen. Offensichtlich wollten die anderen Fraktionen sich nicht die Blöße geben, den Antrag offen abzulehnen, wollten aber auch keine gemeinsame Sache mit dem linken Bezirksratsmitglied machen. „Der Rat der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, die per Ratsbeschluss im Jahr 2004 mit dem Haushaltssicherungskonzept 2005 bis 2007 (HSK V) beschlossene Maßnahme Zusammenlegung von Bibliotheksstandorten in Linden zurückzunehmen und die Verwaltung anzuweisen, die Umsetzung der Maßnahme umgehend zu stoppen“, so der Beschluss im O-Ton.



*Auch über den Stadtteil hinaus von Bedeutung: Die Stadtteilbibliothek im Freizeithaus Linden.*

Ein weiterer von Seidel eingebrachter Antrag forderte die Hauptversammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt auf, dem nicht-kommerziellen Bürgerfunk radio flora eine erneute Lizenz zu erteilen. Schließlich erkundigte sich Seidel in einer Anfrage an die Stadtverwaltung nach der Information und dem Schutz der AnwohnerInnen des Conti-Geländes in Limmer im Zusammenhang mit der dort stattfindenden „Sprengausbildung“ der Bundeswehr.

„Alles in allen eine sehr spannende Zeit“ findet Seidel und fügt hinzu: „Ich freue mich schon auf die nächsten zweieinhalb Jahre im Bezirksrat.“

## Stadtbezirksrat 13: Nord

In den vergangenen zweieinhalb Jahren dominierte im Bezirksrat Nord eine stark konsensorientierte Zusammenarbeit aller Parteien miteinander. Selbst die beiden Mitglieder der LINKEN wurden von den anderen Fraktionen nicht ausgegrenzt, sondern stets in Entscheidungen einbezogen. Das schloss Opposition in Sachfragen keinesfalls aus. Thomas Grote und Fares Rahabi haben manches Thema angesprochen, das den Menschen unter den Nägeln brennt. Ein Beispiel ist das Essensgeld in den Kindertagesstätten, das Rot-Grün im Rat gegen den erbitterten Widerstand der LINKEN beschlossen hatte. Im Bezirksrat Nord wurde es mit 9:8 Stimmen abgelehnt, obwohl SPD und Grüne auch dort eine Mehrheit haben. Leider blieb dieses Abstimmungsergebnis komplett folgenlos, ebenso wie manch andere Entscheidung im Bezirksrat. Den rot-grünen Mehrheitsfraktionen im Rat scheint es ganz offensichtlich ziemlich schnuppe zu sein, was die Menschen vor Ort wollen. Die viel beschworene Bürgernähe von Kommunalpolitik bleibt so auf der Strecke.



*Thomas Grote ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Nord.*



*Fares Rahabi ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Nord.*

## Verseuchtes Grundwasser beunruhigt Kleingärtner

In mehreren Hainholzer Kleingartenkolonien sind die Brunnen mit krebserregenden Giftstoffen belastet. Rund 50 besorgte Kleingärtner hatten deshalb vor zwei Jahren eine Veranstaltung der LINKEN im Kleingartenverein Hainholz e. V. besucht. Dort informierte der linke Regionsabgeordnete und Diplomchemiker Dr. Michael Braedt über mögliche Folgen der Verseuchung und rechtliche Hintergründe. In einem breiten Streifen von der Voltmerstraße bis zum Mittellandkanal ist das Grundwasser mit Vinylchlorid bis zu 270 Mikrogramm pro Liter belastet – der Grenzwert liegt bei 0,5 Mikrogramm. Das krebserregende Vinylchlorid schädigt Leber, Speiseröhre, Milz und Haut. Die gefährliche Chemikalie ist ein Abbauprodukt des Entfettungsmittels TRI (Trichloräthylen), das mittlerweile aus gesundheitlichen Gründen verboten ist. TRI wurde bei der Metallverarbeitung in der ehemaligen Sorst-Fabrik freigesetzt. Man könne zwar nicht das Brunnenwasser trinken, aber damit das Gemüse gießen, weil Vinylchlorid an der Luft verdunstet, beschwichtigte die Region Hannover als Aufsichtsbehörde. Niemand aber weiß, welche anderen Giftstoffe an welchen Stellen bei der Produktion noch freigesetzt

wurden, die sich möglicherweise in den Pflanzen anreichern. Der Bezirksrat Nord hatte deshalb auf Anregung der LINKEN einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, in dem die Region aufgefordert wird, alle infrage kommenden Brunnen untersuchen zu lassen. Außerdem solle die Stadt denjenigen sauberes Trinkwasser liefern, die in der Gartenkolonie geduldet fest wohnen. Während sich im Bezirksrat noch alle Parteien für den Antrag aussprachen, stießen diese Forderungen im Umweltausschuss der Landeshauptstadt auf taube Ohren. „Das ist ein absolutes Unding“, kommentiert Thomas Grote, der selbst Kleingärtner ist.

## Taten statt Worte

Die Linksfraktion im Bezirksrat Nord hat immer wieder für den Fortbestand bedrohter Infrastruktureinrichtungen gekämpft – so wie beim Naturbad Hainholz. Als das Bad nicht mehr in städtischer Trägerschaft weitergeführt werden sollte, beteiligte sich DIE LINKE am Aufbau der Stadtteilgenossenschaft Hainholz als zukünftigem Betreiber. Für Fares Rahabi und Thomas Grote ist dabei wichtig,



*Mittlerweile Tradition: DIE LINKE beim „Fest unter der Eiche“.*

dass das Bad auch in Zukunft allen Menschen offen steht und nicht zum Wellnessbad für Betuchte mutiert. Auch für das Gartenhaus in der Nordstadt hat sich DIE LINKE stark gemacht – wenn auch mit eher bescheidenem Erfolg. Das Land beabsichtigt, das alte Fachwerkhaus an einen Investor zu verkaufen. Ein neuer Vorstand wollte das Gebäude deshalb mit einem aussichtsreichen Konzept retten. Dieser Versuch ist leider gescheitert. Derzeit läuft eine Räumungsklage, mit dem das Land versucht, die letzten NutzerInnen des Gebäudes zu vertreiben. Manche fragen sich, warum die Räumungsklage erst jetzt gekommen ist. Fares Rahabi vermutet, dass das Land Schwierigkeiten hat, einen Käufer zu finden – eventuell ein Hoffnungsschimmer. Die Linksfraktion

im Bezirksrat lässt sich jedenfalls nicht entmutigen. Sie ist weiter am Thema dran, damit das denkmalgeschützte Gartenhaus für Alle im Stadtteil erhalten bleibt. Neben dem Gartenhaus kämpft die Bezirksratsfraktion in der Nordstadt auch für eine sichere Zukunft des alternativen Wohnprojekts „Baukasten“.

DIE LINKE im Bezirksrat Nord engagiert sich nicht nur bei den wenigen „großen“ Themen. Fares Rahabi setzte sich dafür ein, dass im Integrationsbeirat Nord möglichst viele Nationalitäten und Berufsgruppen vertreten sind, anstatt die Plätze nach Parteienproporz zu vergeben. Mit tatkräftiger Unterstützung von Thomas Grote reinigen und bauen SchülerInnen regelmäßig Vogel- und Fledermaus-Nistkästen und hängen diese in den Bäumen von Kleingartenkolonien auf. An der Aktion beteiligen sich der Naturschutzbund Deutschland und Bezirksbürgermeisterin Edeltraut Geschke. Thomas Grote ist in Hainholz auch Ansprechpartner bei den vielen „kleinen“ Problemen im Alltag. Er hakt bei der städtischen Verwaltung nach, wenn der lokalen Marchingband Flying Drums Übungsräume fehlen, Sozialwohnungen knapp werden oder das Familienzentrum Probleme beim Umzug hat. Um Kindern eine Freude zu machen, organisiert der linke Kommunalpolitiker jedes Jahr einen Luftballonwettbewerb beim „Fest unter der Eiche“ im Kleingartenverein Hainholz. Mehrere hundert Luftballons begannen so im vergangenen Jahr ihren Flug in Richtung Osten. Als Hauptpreis für den am weitesten entfernten aufgefundenen Ballon erhielt der Gewinner eine Jahreskarte für den Zoo Hannover – gespendet von der linken Landtagsabgeordneten Christa Reichwaldt. „Die vielen Kinder waren begeistert bei der Sache“, freut sich Thomas Grote noch heute.

# Buchtipps: Linke Kommunalpolitik. Crashkurs Kommune I

*Dr. Michael Braedt*

Dieses Büchlein ist in der Tat ein Crashkurs in die Kommunalpolitik. Auf 99 Seiten werden die wichtigsten Politikfelder, mit denen sich linke Kommunalpolitik auseinandersetzt, bzw. auseinandersetzen sollte, abgedeckt.

Das Buch startet mit der Begriffsbestimmung von Kommunalen Selbstverwaltung im föderalen System und zeigt kurz auf, welchen Einfluss die Europäische Union auf unsere Kommunen nimmt. Unter der Überschrift Kommunalpolitische Handlungsfelder wird anschließend in prägnanter Form erläutert, wie wir die Situation vor Ort verbessern können, wie beispielsweise mit einer linken Sozialpolitik soziale Gerechtigkeit geschaffen wird, denn Hartz IV, lässt sich auch auf kommunaler Ebene aufgreifen. Auch auf die Themen Rekommunalisierung und Public Private Partnership (PPP, ÖPP) wird eingegangen. Neben weiteren Handlungsfeldern geht es um die rechtliche Rahmenbedingungen, die Planungshoheit und innere Organisation der Kommune, bis hin zur Arbeit in den Ausschüssen. Ein Extrakapitel ist der direkten Demokratie und dem Kampf gegen Machtmissbrauch und Korruption gewidmet. Das alles ist ausreichend, um einen ersten Überblick über die facettenreiche Arbeit in der Kommunalpolitik zu erhalten.

Durchgängig begleiten zahlreiche Musteranträge und praktische Beispiele die Ausführungen, die sich nahezu unverändert in jedem Kommunalparlament einsetzen lassen.

Am Schluss des Buches, findet sich der aus meiner Sicht wichtigste Satz, quasi das Credo der Autorin, der genauso gut auch am Anfang hätte stehen können: „Linke Kommunalpolitik ist gleichzeitig deutlich mehr als die Mandatstätigkeit linker KommunalpolitikerInnen. Stadtteilinitiativen, Kulturgruppen, Bürgerinitiativen und viele weitere gesellschaftliche Gruppen sind aktive TrägerInnen einer gelebten bürgernahen Kommunalpolitik. Linke KommunalpolitikerInnen müssen mit ihnen und nicht für sie Politik vor Ort machen, sonst werden sie scheitern.“

Die Autorin Felicitas Weck aus Hannover, die heute für die Bundestagsfraktion DIE LINKE in Berlin als Referentin bundesweit linke KommunalpolitikerInnen vernetzt und betreut, ist in der linken und alternativen Kommunalpolitik keine Unbekannte. In den 90er Jahren war sie Geschäftsführerin der kommunalen Vereinigung Grün-Alternative Kommunalpolitik (GAK) in Niedersachsen, danach Geschäftsführerin von alternativen Fraktionen in Stadt und Region Hannover.

Wie der Name schon vermuten lässt, nach Crashkurs Kommune 1 soll bald auch Nr. 2 folgen. Darin wird sich schwerpunktmäßig dem kommunalen Haushalt und linken Alternativen dazu gewidmet. Autor ist Michael Faber aus NRW. Crashkurs Kommune 2 wird voraussichtlich im Herbst 2009 erscheinen.

**Linke Kommunalpolitik. Crashkurs Kommune I**  
**Veröffentlichungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung; 7,50 € + Versand**  
**Felicitas Weck (Autorin); Katharina Weise (Hrsg.):**  
**VSA - Verlag, 2009. ISBN 978-3-89965-340-3**

# Geschäftsstellen und Kontaktadressen

## DIE LINKE Fraktion in der Regionsversammlung Hannover

### Mitglieder der Regionsversammlung:

#### Jörn Jan Leidecker

Fraktionsvorsitzender

Tel.: 0177 - 30 72 724

Email: joern.leidecker@die-linke-regionsfraktion.de

#### Ausschüsse:

- Regionsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und interkulturelle Angelegenheiten
- Ausschuss für Gleichstellung
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
- Werksausschuss für den Informations- und Kommunikationsbetrieb

#### Dr. Michael Braedt

Umwelt- und Abfallpolitischer Sprecher

Tel.: 0162 - 91 72 212

Email: michael.braedt@die-linke-regionsfraktion.de

#### Ausschüsse:

- Ausschuss für Umwelt und Naherholung
- Ausschuss für Abfallwirtschaft
- Ausschuss für Regionalplanung, Metropolregion und Europaangelegenheiten
- Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

#### Stefan Müller

Verkehrspolitischer Sprecher

Tel.: 0175 - 52 03 360

Email: stefan.mueller@die-linke-regionsfraktion.de

#### Ausschüsse:

- Verkehrsausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation

#### Geschäftsstelle:

Haus der Region  
Hildesheimer Str. 20  
30169 Hannover



#### Carolin Reith

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0511 - 616 211 62

Fax: 0511 - 616 211 63

Email: carolin.reith@region-hannover.de



#### Maren Kaminski

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0511 - 616 211 60

Fax: 0511 - 616 211 63

Email: maren.kaminski@region-hannover.de

## **Ratsmitglieder der LINKEN in den Stadträten der Region**

---

**Michael Fleischmann**

**Mitglied im Rat der Stadt Burgdorf**

Tel. dienstl.: 05136 - 84 862

Tel. priv.: 0171 - 19 16 790

Fax dienstl.: 05136 - 92 02 207

E-Mail: mfleischmann@comlink.org

**Andreas Koch**

**Mitglied im Rat der Stadt Garbsen**

Email: ada-koch@arcor.de

**Regina Steingraber**

**Mitglied im Rat der Stadt Lehrte**

Tel.: 05132 - 83 62 53

Email: regina\_steingraeber@web.de

**Gerhard-Walter Schulz**

**Mitglied im Rat der Stadt Sehnde**

Tel.: 05138 - 61 42 56

Email: sehnde-nord@gmx.de



# DIE LINKE Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

## Mitglieder des Rates:

### Michael Höntsch

Fraktionsvorsitzender

Tel.: 0 163 - 23 67 044

Email: michael.hoentsch@hannover-rat.de

#### Ausschüsse:

- Verwaltungsausschuss
- Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- Kulturausschuss
- Stadtentwässerung
- Organisations- und Personalausschuss
- Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Schulausschuss
- Werksausschuss Städtische Häfen
- Aufsichtsrat Hafen
- Werksausschuss Stadtentwässerung
- Werksausschuss Hannover Congress Centrum

### Oliver Förste

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Tel.: 0 168 - 46 337

Email: oliver.foerste@hannover-rat.de

#### Ausschüsse:

- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Umwelt und Grünflächen
- Sozialausschuss
- Sportausschuss
- Migrationsausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Sanierungskommission Stöcken

## Mitglieder der Stadtbezirksräte

### Petra Beimes

Einzelvertreterin im Bezirksrat Mitte

Tel. priv.: 0511 - 38 88 919

Tel. mobil: 0173 - 96 66 108

Email: petra.beimes@gmx.de

### Kurt Lewerenz

Parteiloser Einzelvertreter im Bezirksrat Vahrenwald-List

Email: kurtlewerenz@t-online.de

## Geschäftsstelle:

Leinstraße 16

30159 Hannover



### Heidrun Tannenberg

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0511 - 168 46 348

Fax: 0511 - 168 46 376

Email: heidrun.tannenberg@hannover-rat.de



### Oliver Förste

Presse- und Öffentlichkeits

Kontakt: siehe rechts

### Markus Hintze

Fraktionsmitarbeiter

Telefon: 0511 - 168 40 473

Email: markus.hintze@hannover-rat.de



**Daniel Josten**

*Fraktionsmitarbeiter*

*Telefon: 0511 - 168 46 375*

*Email: daniel.josten@*

*hannover-rat.de*



**Sabine Wolf**

*Archiv*

**Karsten Plotzki**

**Einzelvertreter im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld**

Tel. priv.: 0511 - 53 31 690

Fax priv.: 012120 - 23 53 05

Tel. mobil: 0178 - 53 31 690

Email: bezirksratherr.plotzki@gmx.de

**Roland Schmitz-Justen**

**Einzelvertreter im Bezirksrat Südstadt-Bult**

Tel. priv.: 0511 - 80 86 92

Fax priv.: 01805 - 06 03 37 68 205

Tel. mobil: 0177 - 73 71 174

**Manfred Milkereit**

**Einzelvertreter im Bezirksrat Döhren-Wülfel**

Tel.: 0178 - 47 81 681

Email: m.milkereit@web.de

**Sven Steuer**

**Einzelvertreter im Bezirksrat Ricklingen**

Tel. mobil: 0174/25 578 39

Email: steuer.sven@googlemail.com

**Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Linden-Limmer**

**Harald Meyer**

**Fraktionsvorsitzender**

Tel.: 0174 - 92 97 212

Email: harryhamburg@web.de

**Kathrin Rose**

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende**

Tel.: 0152 - 68 31 008

Email: kathrinrose@googlemail.com

**Siegfried Seidel**

**Einzelvertreter im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt**

Tel. priv.: 0511 - 49 35 58

Fax priv.: 0511 - 49 35 58

Tel. mobil: 0178 - 51 32 881

Email: siggi.seidel@htp-tel.de

**Fraktion DIE LINKE im Bezirksrat Nord**

**Thomas Grote**

**Fraktionsvorsitzender**

Tel.: 0172 - 10 41 980

Email: thomas.grote@t-online.de

**Fares Rahabi**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender**

Email: bezirksrahabi@yahoo.de

Tel.: 0511 - 48 85 675



[www.dielinke-regionsfraktion.de](http://www.dielinke-regionsfraktion.de)  
[www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)